

SIEGFRIED HEIMANN

## Einleitung

„Berlin bleibt frei“  
Politik in und für Berlin 1947–1966

*Berlin-Beauftragter des Parteivorstandes auf dem Schauplatz des Kalten Krieges*

**A**m Anfang stand Willy Brandts Entscheidung, seine Rückkehr nach Deutschland mit der Stadt Berlin zu verbinden. Er schlug alle anderen Angebote aus, als er im Oktober 1946 gefragt wurde, ob er Presseattaché bei der norwegischen Militärmission in Berlin werden wolle.<sup>1</sup> Der Ort Berlin, so sagte er später, gab den Ausschlag: „Der Entschluß, mein Schicksal mit dem Berlins zu verknüpfen, war ebenso reiflich überlegt wie zwangsläufig.“<sup>2</sup>

Hinter der Entscheidung, aus dem skandinavischen Exil nach Berlin zurückzukehren, lag jedoch zunächst noch nicht die Absicht, sich in die deutsche Politik einzumischen. Seine Tätigkeit als Presseattaché der norwegischen Militärmission in der ehemaligen deutschen Hauptstadt sollte sich aber als sehr nützlich auch für seine späteren Jahre in Berlin erweisen. Im Januar 1947 nahm Brandt den Dienst in der von den vier Siegermächten gemeinsam verwalteten Stadt auf. Er knüpfte zu amerikanischen, englischen und französischen Vertretern des Alliierten Kontrollrats Kontakte, die auch später nicht abrissen und ihm manche Tür im Ausland früher öffneten als anderen deutschen Politikern. Schon zu dieser Zeit suchte und fand er die Verbindung zu der auch in Berlin wiedergegründeten deutschen Sozialdemokratie, die sich im April 1946 mit Erfolg gegen eine Zwangsvereinigung mit der KPD gewehrt hatte und bis 1961 in allen vier Sektoren Berlins weiter arbeiten konnte. Willy Brandt wurde in den Reihen der Berliner Sozialdemokraten herzlich emp-

fangen, obwohl er zunächst als so genannter „Allierter“ in norwegischer Uniform kam. Aber die Uniform war offenbar für einige Berliner ein Problem. Annedore Leber, die Witwe des 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers Julius Leber, den Brandt in seiner Jugend in Lübeck kennen gelernt hatte, fügte ihrem Willkommensgruß – wobei sie auch an ihre Parteifreunde gedacht haben mag – ausdrücklich hinzu: „Wir freuen uns! In welcher Form Sie zu uns kommen, bleibt sich gleich. Wir wissen ja, als welcher Sie kommen ...“.<sup>3</sup> In Annedore Lebers Zehlendorfer Haus traf Willy Brandt zu Beginn des Jahres 1947 erstmals mit Ernst Reuter zusammen.<sup>4</sup>

Die Arbeit in der norwegischen Militärmission entsprach nicht ganz Brandts Erwartungen. Immer häufiger kam ihm der Gedanke, dass er „vom deutschen Standort aus mehr leisten könnte“. Er meinte zwar weiterhin, demokratische Sozialisten „können heute überall in Europa nützliche Arbeit leisten“. Doch in Berlin gebe es „besonders viel zu tun“.<sup>5</sup> Brandt zögerte deshalb nicht, als der in Hannover residierende Parteivorstand der SPD im Oktober 1947 offiziell bei ihm anfragte, ob er dessen „Berlin-Beauftragter“ werden wolle. Der bisherige Vertreter des Vorstands in Berlin, Erich Brost, hatte ihn zuvor als Nachfolger empfohlen.<sup>6</sup> Die Stelle sollte schon Ende 1947 neu besetzt werden.

Die Zusage fiel Brandt umso leichter, als sich seine Verlobte Rut Bergaust entschlossen hatte, ihn in Berlin nicht allein zu lassen.<sup>7</sup> Er machte sich aber keine Illusionen über die Schwierigkeiten, die ihn erwarteten, und schloss deshalb nicht aus, dass er und Rut nach einem Jahr vielleicht wieder weggehen könnten, um einen „ruhigeren Ort für uns [zu] finden. Aber dann besteht die Gefahr, dass es weniger interessant wird.“<sup>8</sup>

Wider Erwarten verzögerte sich jedoch die Berufung Brandts, denn in der Parteiführung in Hannover gab es plötzlich Vorbehalte gegen seine Person. Nach einer Skandinavienreise des Vorsitzenden Kurt Schumacher beschloss der SPD-Vorstand Anfang Dezember 1947, „die Bestätigung Brandts bis zur Klärung gewisser Bedenken, die aus Stockholm kamen, zu vertagen“.<sup>9</sup> In der Zeit der Emigration hatte sich Brandt nicht nur Freunde gemacht: Das musste er nun zur

Kenntnis nehmen. Bösartige Gerüchte waren über ihn in Umlauf gebracht worden. Auch Berliner Sozialdemokraten warfen ihm vor, dass er 1933 aus Deutschland weggegangen sei. In einem Brief an seinen alten Freund aus dem Stockholmer Exil, Stefan Szende, klagte Brandt am 11. Dezember 1947 über „miese Denunziationen“. Man wolle ihn beim Parteivorstand in Hannover „anschwärzen“. Durch diesen „Emigranten-Tratsch“ würden absurde Verdächtigungen weitergetragen, wie beispielsweise die Behauptung, er sei ein „illegaler Schieber“ gewesen, möglicherweise auch ein Agent der Sowjetunion. Für Brandt war dies das Gerede von „geistig Minderbemittelten“.<sup>10</sup> Diese ihm sonst fremde Wortwahl zeigt, wie sehr ihn die Anwürfe getroffen hatten.

Brandt wandte sich noch kurz vor Weihnachten 1947 an Schumacher und setzte sich mit Erfolg gegen die Vorwürfe zur Wehr.<sup>11</sup> In einem Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden konnte er letzte Bedenken ausräumen, und am 26. Januar 1948 berief der Parteivorstand Willy Brandt einstimmig zu seinem Beauftragten in Berlin. Seinen ersten vertraulichen Bericht an Schumacher hatte Brandt schon eine Woche zuvor geschrieben. Bis zu seinem letzten Bericht Ende November 1949 sollten weitere 371 folgen.<sup>12</sup>

Als Berlin-Beauftragter des Parteivorstandes suchte Brandt – nicht anders als sein Vorgänger Erich Brost – vor allem den Kontakt zu den alliierten Behörden und einzelnen Vertretern aller vier Besatzungsmächte. In seinen Berichten fasste er den Inhalt seiner Gespräche zusammen, schilderte und analysierte die politischen Differenzen zwischen den Alliierten. Informationen und kritischer Kommentar wurden dabei sorgsam getrennt.

Schon während seiner Tätigkeit als Berlin-Beauftragter der SPD war Willy Brandt unmittelbar Zeuge, wie die besetzte Viersektorenstadt in den Mittelpunkt des Weltgeschehens rückte.<sup>13</sup> Berlin wurde 1948 zum Schauplatz des Kalten Krieges zwischen Ost und West, der zur Teilung Deutschlands führte. Die Londoner Außenminister-Konferenz vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947 hatte keinerlei Fortschritte in der Frage der wirtschaftlichen und politischen Vereinigung der vier Besatzungszonen gebracht. Verhandlungen im

Alliierten Kontrollrat über eine gemeinsame Währungsreform gelangten aufgrund des sowjetischen Widerspruchs zu keinem Ergebnis. Die Westmächte erklärten, dass sie eine Währungsreform allein in ihren Besatzungszonen durchführen würden, wenn es zu keiner Einigung in dieser Frage käme. Die Sowjetunion kündigte daraufhin die gemeinsame Verwaltung des besetzten Deutschland auf. Am 20. März 1948 zog der sowjetische Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat aus; drei Monate später, am 16. Juni 1948, verließ die Sowjetunion auch die für die Verwaltung Berlins zuständige Alliierte Kommandantur.<sup>14</sup> Die Auseinandersetzungen in Berlin spitzten sich zu, als am 20. Juni 1948 in den drei Westzonen die angekündigte Währungsreform durchgeführt wurde. Nachdem sich die vier Siegermächte auch in den darauf folgenden Tagen nicht auf eine gemeinsame Währung für Berlin einigen konnten, ordnete die Sowjetunion nun ihrerseits am 23. Juni 1948 eine Währungsreform für die sowjetische Besatzungszone und für ganz Berlin an. Die Westalliierten antworteten mit der Einführung der D-Mark in ihren Sektoren für den folgenden Tag; die im sowjetischen Sektor eingeführte Ostmark war allerdings bis März 1949 auch in den Westsektoren gültiges Zahlungsmittel.<sup>15</sup>

Als Antwort auf die Ankündigung, die westliche Währungsreform auch auf den Westteil Berlins auszudehnen, stellte die sowjetische Militärverwaltung in der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1948 wegen „technischer Störungen“ den gesamten Passagier- und Güterverkehr zwischen Berlin und Helmstedt ein. Zugleich sperrte sie die Versorgung der Westsektoren mit Lebensmitteln, Frischmilch, Elektrizität und Braunkohle. Bald darauf waren sämtliche Land-, Wasser- und Bahnverbindungen zwischen Berlin und den Westzonen unterbrochen. Die Blockade Westberlins hatte begonnen und sollte elf Monate lang anhalten. Die Westalliierten reagierten mit der Errichtung einer „Luftbrücke“. Am 26. Juni 1948 begann die Versorgung der Westberliner Bevölkerung durch die amerikanischen Luftstreitkräfte. Britische und französische Militärflugzeuge beteiligten sich schon bald an dieser Aktion.<sup>16</sup> Auch wenn die Blockade Westberlins nie total war und die Westberliner nicht nur

aus der Luft versorgt wurden, galt die „Luftbrücke“ bald als Symbol für den Willen der Westalliierten, das Überleben der Westberliner Bevölkerung zu sichern, und für ihre Entschlossenheit, in Berlin zu bleiben.<sup>17</sup>

Bereits im Frühjahr 1948 hatte Willy Brandt erkannt: „Wenn Berlin aufgegeben wird, hat das verhängnisvolle Konsequenzen für den Rest Deutschlands und für ganz Westeuropa. Deswegen können die Westalliierten auch nicht fort von hier [. . .].“<sup>18</sup> Gleichwohl blieb die Sorge, die Westalliierten könnten Berlin aufgeben. Sie war nicht unbegründet. Besorgt war auch der 1947 gewählte, aber aufgrund des sowjetischen Einspruchs nicht amtierende Oberbürgermeister Ernst Reuter. Er drängte deshalb im Juli 1948 während einer Konferenz der westdeutschen Ministerpräsidenten nahe Rudesheim darauf, so schnell wie möglich einen „Weststaat“ zu schaffen. Die politische und ökonomische Konsolidierung des Westens sei „eine elementare Voraussetzung für die Gesundheit“ auch der Berliner Verhältnisse. Reuter machte zudem deutlich, dass Berlin von Anfang an in den entstehenden Teilstaat einbezogen werden sollte.<sup>19</sup> An den Beratungen des Parlamentarischen Rates, der am 1. September 1948 in Bonn zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, um das Grundgesetz auszuarbeiten, nahmen schließlich fünf Berliner Vertreter als Gäste teil.

Zur gleichen Zeit vollzog sich in Berlin die politische Spaltung der Stadt. Am 6. September 1948 störten von der SED mobilisierte Demonstranten zum wiederholten Male massiv eine Sitzung der 1946 frei gewählten und im sowjetischen Sektor tagenden Berliner Stadtverordnetenversammlung. Der Vorsteher, Otto Suhr, vertagte die Sitzung und berief sie zum Abend in das Studentenhaus am Steinplatz im britischen Sektor ein. Nur die Abgeordneten von SPD, CDU und LDP nahmen daran teil. Die SED-Fraktion bildete am 30. November 1948 einen provisorischen Magistrat, der für den Ostteil der Stadt tätig wurde. Am 5. Dezember 1948 fanden Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt, die jedoch nur noch in den Westsektoren Berlins durchgeführt werden konnten. Am 18. Januar 1949 nahm der neue Westberliner Magistrat mit Oberbürgermeister Ernst Reuter an der Spitze seine Arbeit auf.<sup>20</sup>

Die vormals einheitliche Verwaltung Berlins war nun zweigeteilt. Für die sowjetischen Maßnahmen, die ab Sommer 1948 die Spaltung der Stadt zum Ziel hatten, fand Willy Brandt schon damals ein Bild, das er in den fünfziger Jahren mehrfach gebrauchte und auch nach dem „Chruschtschow-Ultimatum“ im November 1958 wieder aufgriff. Der Ostsektor sei, schrieb Brandt im November 1948 in einem Artikel, „noch fester als bisher in die russische Zone“ einbezogen worden. In diesem Zusammenhang sei das Wort gefallen: „Es werde nunmehr zwischen der einen Million Berliner des Ostsektors und den gut zwei Millionen der Westsektoren eine chinesische Mauer errichtet.“<sup>21</sup>

Die Zeit der Berlin-Blockade war auch im Privatleben Willy Brandts eine aufregende Phase. Im Oktober 1948 kam Sohn Peter bei Kerzenlicht in einem kaum beheizten Berliner Krankenhaus zur Welt, das erste Kind von Willy und Rut Brandt. Beide hatten einen Monat zuvor geheiratet.<sup>22</sup> Die politischen Entwicklungen wiederum hatten Folgen für Brandts berufliche Tätigkeit. Seit Ende 1948 musste er sich Gedanken über die Zukunft seiner Arbeit als Berlin-Beauftragter machen. Während der Berlin-Blockade verlagerten die Westalliierten immer mehr Dienststellen in die westlichen Besatzungszonen. Um so wichtiger schien es Brandt nun, seine Kontakte zur Berliner SPD weiter auszubauen, und er hoffte zu Recht, dass der Parteivorstand eine solche Verlagerung der Schwerpunkte seiner Arbeit gutheißen würde.<sup>23</sup>

Als Berlin-Beauftragter seiner Partei hatte Brandt immer mehr als nur eine „diplomatische Mittlerrolle“ angestrebt. Von Beginn an unterhielt er enge Verbindungen zur Berliner SPD und zu einzelnen Sozialdemokraten. Er berichtete über Landesparteitage, über Landesvorstands- und Landesausschusssitzungen, über Parteiwahlen und über innerparteiliche Konflikte. Er nahm, ohne Stimmrecht, an den Sitzungen von Landesvorstand und Landesausschuss teil und mischte sich mit politischen Stellungnahmen ein. Sein Rat war willkommen.<sup>24</sup> Wichtig war ihm der Kontakt zu den Sozialdemokraten in Ostberlin. Sie bildeten aus der Sicht Brandts eine „demokratische Insel im Sowjetmeer“.<sup>25</sup> Bald war er ein gern gesehener Redner auf

Veranstaltungen der Berliner SPD. Oft hielt er auch Vorträge in Mitgliederversammlungen der Partei im Ostsektor, um alle Berliner Sozialdemokraten in ihrem Gefühl der „Zusammengehörigkeit mit der Gesamtpartei“ zu unterstützen.<sup>26</sup>

Seinen ersten öffentlichen Berliner Auftritt während einer Konferenz der SPD-Kreisvorstände am 12. März 1948 nutzte Brandt, um vor einem „dritten Weg“ zwischen Ost und West zu warnen. Er zog die „Lehren aus Prag“. Dort hatten im Februar 1948 die Kommunisten geputscht und damit die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung begraben, die Rut Bergaust und Willy Brandt im Sommer 1947 bei einem Prag-Besuch in Diskussionen über eine Brückenfunktion der Tschechoslowakei wahrgenommen hatten.<sup>27</sup>

In seiner sehr emotionalen Rede vor den Berliner SPD-Funktionären erklärte Brandt: „Diese Hoffnung ist zerplatzt. Von Brückentheorien ist nichts übrig geblieben. [. . .] Heute werden leider nicht Brücken gebaut, sondern gesprengt.“ Auch wenn klar bleiben müsse, dass die Deutschen „keine Feinde des russischen Volkes“ und auch „keine Feinde der Sowjetunion“ seien, zeigten die Prager Ereignisse „den prinzipiellen Gegensatz auf zwischen dem totalitären Kommunismus und dem demokratischen Sozialismus“. Für Deutschland und für Berlin könne deshalb die Lehre nur heißen, dass zugrunde gehe, „wer sich auf die kommunistische Einheitsfront einläßt“.<sup>28</sup>

Diese Rede fand nicht zuletzt wegen ihres scharfen Tons ein beachtliches Echo in der Presse und machte Brandt vor allem in der Berliner SPD bekannt.<sup>29</sup> Er konnte mit Genugtuung konstatieren, dass er mit seiner Rhetorik Zuhörer zu fesseln vermochte. Sein Vortrag war das Ergebnis eines längeren Selbstfindungsprozesses, kein Wendepunkt im Denken Brandts.<sup>30</sup> Ähnlich hatte er sich schon früher geäußert, vor allem in der Auseinandersetzung mit seinem langjährigen Mentor Jacob Walcher.<sup>31</sup> Mit den „Lehren aus Prag“ war Brandt auch nicht zum „Kalten Krieger“ geworden. Dieses „Etikett“ hing ihm zwar seit dieser Rede und vor allem in den fünfziger Jahren an, und er ließ es zu, zumal es ihm in den innerparteilichen Auseinandersetzungen hilfreich war. Doch Brandt vertrat wie viele Remi-

granten aus dem früheren linkssozialistischen Lager stets einen „argumentativen Antistalinismus“<sup>32</sup> und setzte sich damit von dem „platten“ Antikommunismus ab, dem auch und gerade viele Berliner zuneigten.<sup>33</sup>

1948 gab es gleichwohl in der eindeutigen Ablehnung des politischen Systems in der sowjetischen Besatzungszone keinen Dissens in der Berliner SPD, der dann später über andere Fragen zwischen dem Oberbürgermeister Ernst Reuter und Willy Brandt auf der einen Seite und dem Landesvorsitzenden Franz Neumann und seinen Anhängern auf der anderen Seite aufbrechen sollte. Die gesamte Berliner SPD verlieh während der Blockade dem antikommunistischen Protest der Berliner gegen die Politik der Sowjetunion holzschnittartig und sehr wählerwirksam Ausdruck. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember 1948 bestätigten die SPD als Berlin-Partei. Sie erhielt in den drei Westsektoren Berlins über 64 % der Stimmen.<sup>34</sup>

Zu diesem überragenden Ergebnis hatte auch Brandt mit seinen Wahlreden beigetragen. Er war in der Berliner SPD binnen kurzer Zeit schon so bekannt und anerkannt, dass sein Name am 28. Juli 1949 neben den Namen von Franz Neumann, Louise Schroeder, Otto Suhr und Paul Löbe auf die Liste der Berliner Kandidaten für den 1. Deutschen Bundestag gesetzt wurde.<sup>35</sup> Eine Anfrage Reuters, in Berlin Stadtrat für Verkehr und Betriebe zu werden, hatte er zuvor ebenso abgelehnt wie eine ihm angetragene Kandidatur in Schleswig-Holstein.<sup>36</sup> Er wollte, wie er an den Lübecker Bürgermeister schrieb, „gerade in der gegenwärtigen Situation Berlin nicht verlassen“.<sup>37</sup> Durch das Bundestagsmandat konnte er andererseits aus der Berliner Kommunalpolitik hinauswachsen.<sup>38</sup>

Mitte 1949 begann der Berliner Vertreter des SPD-Parteivorstandes die Abwicklung seiner Dienststelle zu planen. Am 20. November 1949 schickte Brandt seinen letzten Bericht nach Hannover. Es ging nur noch um die finanzielle Abrechnung mit dem Schatzmeister der Partei und um seinen Umzug in eine neue Wohnung. In der Berliner SPD und im Bonner Bundestag warteten neue Aufgaben auf ihn.<sup>39</sup>

### *Schwieriger Aufstieg in der Berliner SPD 1949 bis 1954*

Während der Berlin-Blockade und erst recht mit ihrem Ende am 12. Mai 1949 war klar, dass Westberlin nur die Entscheidung für die Zugehörigkeit zum entstehenden deutschen Weststaat blieb. Die Forderung der Berliner SPD, die gesamte Stadt als zwölftes Bundesland in die am 23. Mai 1949 gegründete Bundesrepublik einzubeziehen, machte sich Brandt von Anfang an zu eigen.<sup>40</sup> Zwar hatte der Parlamentarische Rat in Artikel 23 neben den elf westdeutschen Bundesländern auch Groß-Berlin als Land der Bundesrepublik genannt, in dem das Grundgesetz gelte. Die Militärgouverneure der drei Westmächte hatten diesen Passus jedoch am 12. Mai 1949 in ihrem Genehmigungsschreiben suspendiert. Demnach durfte Berlin „keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft“ im Bundestag und Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden. Die Westmächte gestanden den Berlinern lediglich eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen in den beiden legislativen Körperschaften zu.<sup>41</sup>

Über die Art und Weise der Wahl der zunächst nur acht Berliner Abgeordneten für den 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949 gab es schließlich erneut eine Kontroverse mit den Alliierten. Im „zwölften Land“ sollten nach dem Willen der SPD die Kandidaten Berlins wie im Bundesgebiet direkt gewählt werden. Doch auch dieses Vorhaben scheiterte am Einspruch der Westmächte.<sup>42</sup> Die Berliner Bundestagsabgeordneten mussten durch das Stadtparlament gewählt werden. Die direkte Wahl, noch mehr aber das „volle“ Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Bundestag blieben auch in den kommenden Jahren für Brandt wichtige Forderungen, um die Einbeziehung Westberlins in das politische System der Bundesrepublik festzuschreiben. In Bonn und Berlin, als Bundestagsabgeordneter, als Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses und als Regierender Bürgermeister wurde er nicht müde, immer wieder für dieses Ziel zu werben.

Willy Brandt musste jedoch schon im Herbst 1949 feststellen, dass diese Forderung in den Reihen der Ostberliner Sozial-

demokraten auf Widerspruch stieß. Er berichtete nach Hannover über Spannungen zwischen der Parteiführung und einem Teil der Mitglieder im Ostsektor. Sie seien „ausgezeichnete Genossen, die aus menschlich verständlichen, aber politisch unhaltbaren Gründen meinen, wir müssten die Parole ‚12. Land‘ aufgeben bzw. auf Eis legen“. Sie fürchteten, allmählich vergessen zu werden. Brandt konnte die Ostberliner Sozialdemokraten in mehreren Mitgliederversammlungen von der Notwendigkeit einer engen Bindung an die entstehende Bundesrepublik überzeugen. Stolz schrieb er im Oktober 1949 an den Parteivorstand, „dass es auch heute durchaus möglich ist, eine politische Linie zu entwickeln, die von den Genossen des Ostsektors ohne Widerspruch akzeptiert wird“.<sup>43</sup>

War Willy Brandt, wie er genannt wurde, der „junge Mann“ von Ernst Reuter?<sup>44</sup> Dieses Prädikat ist nur unter Vorbehalt richtig. Brandt fand zwar schnell Kontakt zum Oberbürgermeister, der durch seinen berühmten Appell an die „Völker der Welt“ am 9. September 1948 weit über Berlin hinaus bekannt geworden war. Sein Verhältnis zu Reuter war anfangs aber durchaus distanziert, vor allem weil Brandt im Mai 1949 das Angebot Reuters ausgeschlagen hatte, als Stadtrat für Verkehr im (West-)Berliner Magistrat mitzuwirken; er drängte stattdessen auf die Bonner Bühne. Doch spätestens zu Beginn der fünfziger Jahre war Brandt sowohl in der Berlin-Politik als auch in bundespolitischen Fragen stets an der Seite Reuters, der seit Januar 1951 das Amt des Regierenden Bürgermeisters bekleidete. Die innerparteilichen Kontroversen um die richtige Haltung gegenüber der Bonner Politik festigten die Bindung. Reuter blieb bis zu seinem plötzlichen Tode im September 1953 in der Berliner Landespolitik die beherrschende, aber in seiner Partei nicht unumstrittene Figur, um die sich alles „drehte“, wie Brandt später resümierte.<sup>45</sup>

Gerade wegen der Übereinstimmung mit Reuter wurde ihm die Karriere in der Berliner SPD nicht leicht gemacht. Die SPD hatte sich 1946 in ganz Berlin gegen die SED-Gründung behaupten können.<sup>46</sup> Franz Neumann, der Organisator der Urabstimmung gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD, war zunächst der unbestrittene „volkstümliche“ Vorsitzende, von dem Willy Brandt später schrieb:

„Seine große Zeit kam, als es wichtig war, nein sagen zu können“, um sofort hinzuzufügen: „Zwischen uns wuchs kein vertrauensvolles Verhältnis.“<sup>47</sup> Der Satz umreißt einen über Jahre dauernden Konflikt zwischen den beiden Berliner SPD-Politikern. Erst im Jahre 1958 wurde er zugunsten Brandts entschieden.

Es war ein Gegensatz zwischen zwei Personen, die verschiedener nicht hätten sein können. Dem in der NS-Zeit verfolgten Arbeiterfunktionär Neumann, der 1945 am liebsten wieder da angefangen hätte, wo er 1933 aufhören musste, stand der von weit links kommende Emigrant Brandt gegenüber, der im skandinavischen Exil viel gelernt hatte und die SPD für neue Schichten öffnen wollte. Dazu kam spätestens seit 1950 der Konflikt zwischen dem SPD-Traditionisten Neumann, der die im Berlin der ersten Nachkriegszeit durchgesetzten sozialpolitischen Reformen nicht der Zugehörigkeit zur Bundesrepublik und dem dort geltenden Recht opfern wollte, und dem Pragmatiker Brandt, der wegen der finanziellen Abhängigkeit Berlins keine Alternative zu der vom Bund geforderten Übernahme von Bundesgesetzen erblickte.

Auf Bundesebene war die SPD in der Opposition, in Berlin dagegen führte sie seit Januar 1949 eine Koalitionsregierung mit der CDU und den Freien Demokraten. Konflikte mit der Parteiführung der SPD und vor allem mit dem Parteivorsitzenden und Oppositionsführer Kurt Schumacher blieben nicht aus. Der Dissens zwischen Willy Brandt und dem SPD-Vorsitzenden beruhte zunächst nicht auf Meinungsverschiedenheiten in der Sache. Brandt nahm in erster Linie Anstoß an Schumachers konfrontativem Stil der politischen Auseinandersetzung. Er selbst hatte in Skandinavien einen anderen Umgang mit dem politischen Gegner gelernt, und praktizierte ihn auch in Berlin. Bald aber kamen politische Differenzen hinzu.<sup>48</sup> Der Berliner Oberbürgermeister und spätere Regierende Bürgermeister Reuter, und mit ihm Willy Brandt, teilten die scharfe Opposition Schumachers gegen die Innen- und Außenpolitik Adenauers nicht. Die Mehrheit der Berliner Sozialdemokraten unter dem Landesvorsitzenden Neumann hingegen folgte der Parteiführung in Hannover.

Auch nach dem Tode Schumachers 1952 blieb Franz Neumann der „Mann der Baracke“, sprich: der Vertreter des seit 1950 in Bonn ansässigen, anfänglich in einer schlichten Holzbaracke untergebrachten Parteivorstandes. Bis 1958 nutzte er seine guten Verbindungen zur SPD-Parteiführung, um Brandt den Aufstieg in der Berliner und auch in der Bundespartei zu erschweren. Innerparteilicher Streit in der Berliner SPD war damit unabwendbar.

Mit Beginn des Jahres 1950 änderten sich die Lebensumstände Brandts. Mehr oder weniger gegen seinen Willen übernahm er den SPD-Kreisvorsitz in Berlin-Wilmersdorf.<sup>49</sup> Zugleich wurde er Chefredakteur der Berliner SPD-Parteizeitung, die seit Anfang 1950 täglich unter dem Titel *Berliner Stadtblatt* erschien. Mit dem neuen Titel verfolgte Brandt die Absicht, auch bislang parteiferne Leser zu gewinnen. Er schrieb selbst viele Artikel, u. a. eine ständige Glosse „Pfeffer und Salz“ und einen „Bonner Brief“, in dem er vor allem aus der Arbeit des Bundestages berichtete.<sup>50</sup> Aber der Erfolg blieb aus. Die Auflage stagnierte. Die Zeitung erreichte nur 3500 Abonnenten – nicht genug, um sie ökonomisch zu sichern. Nach der Währungsreform und nach dem Ende der Blockade steckten freilich alle Westberliner Zeitungen in einer Krise. Dennoch machten einige Berliner SPD-Funktionäre den Chefredakteur für den Misserfolg verantwortlich. Brandt fand die Kritik ungerecht, weil er der Meinung war, dass die „Aufgabe nicht zu lösen“ gewesen sei. Die SPD beschloss die Einstellung des *Berliner Stadtblattes*. Erst im Oktober 1951 erschien mit der *Berliner Stimme*, jetzt im wöchentlichen Rhythmus, wieder eine von der SPD-Landesorganisation herausgegebene Parteizeitung. Brandt machte von Anfang an klar, dass er für dieses Vorhaben nicht zur Verfügung stehe.<sup>51</sup> Er hätte wohl auch keine Zeit dazu gehabt, da er Ende 1950 auch in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt worden war.<sup>52</sup>

Um seiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter nachzugehen, war Brandt zwei bis drei Wochentage in Bonn, und dies nur während der Sitzungszeiten. Für eine intensive Mitarbeit reiche das nicht, klagte Brandt, nannte aber in einem Brief an einen Freund auch den eigentlichen Grund.<sup>53</sup> Seine Mitarbeit in Bonn sei begrenzt, weil sich

sein Verhältnis zum Partei- und Fraktionsvorsitzenden Schumacher sehr verschlechtert habe, was auch öffentlich zum Ausdruck gekommen sei. Brandt hatte auf dem Hamburger Bundesparteitag am 22. Mai 1950 der „übersteigerten Argumentation gegen den Europarat“ widersprochen und der von Schumacher vorgelegten Resolution, die den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat ablehnte, die Zustimmung verweigert.<sup>54</sup> „Aber die Meinungsverschiedenheiten und Aversionen beschränken sich nicht auf diesen Punkt.“<sup>55</sup>

Bald musste Brandt auch in der Berliner Partei Farbe bekennen. Ein langjähriger Konflikt mit Neumann war die Folge. Bereits Anfang 1950 hatte Brandt „atmosphärische Störungen“ konstatiert, nicht zuletzt, weil der Landesvorsitzende einen Konkurrenten fürchtete. Brandt versuchte zwar, alle „unnötigen Reibereien“ zu vermeiden. Aber seine versöhnlichen Briefe an Neumann halfen wenig, da der Machtkampf neben den persönlichen Animositäten politische Ursachen hatte.<sup>56</sup> Die Auffassungen über die richtige Politik in der ehemaligen Hauptstadt gingen weit auseinander. In den Wahlen von 1950 verlor die Berliner SPD ihre Mehrheit. Die Alternative war nun: Beteiligung an einer Koalitionsregierung oder Wechsel in die Opposition. In diesem Konflikt, der auch nach der Neuaufgabe der Dreierkoalition weiter schwelte und immer wieder zum Thema von Landesparteitagen wurde, konnte der Parteivorsitzende Schumacher zunächst vermitteln.<sup>57</sup> Doch als Brandt Anfang 1952 dem Drängen Reuters nachgab und sich entschloss, gegen Neumann als Landesvorsitzender zu kandidieren, brach der Streit erneut aus.

In einem als Programmschrift gedachten Schreiben an Parteifreunde vom 20. April 1952 analysierte Brandt mit sehr deutlichen Worten die Ursachen der „Berliner Krise“ und suchte nach Auswegen aus ihr. Die Berliner SPD könne in den fünfziger Jahren nicht allein vom Ruhm der Nachkriegszeit leben. Sie müsse endlich die Rahmenbedingungen der Berliner Politik zur Kenntnis nehmen, denn „Westberlin könnte nicht existieren ohne die Milliarde, die ihm jährlich nach dem jetzigen Stand aus Bundesmitteln zufließt.“ Deshalb müsse Berlin, müsse die Berliner SPD ihr Verhältnis zum Bund

klären, und da gebe es leider keine Alternative zur unveränderten Übernahme von Bundesgesetzen. Jeder politisch noch so gut begründete Versuch, Bundesgesetze zu verändern, gefährde die für Berlin überlebensnotwendige Bindung an die Bundesrepublik. Es gelte, das Wünschenswerte vom politisch Durchsetzbaren zu trennen. Die SPD müsse zu einheitlichem Handeln zurückfinden.<sup>58</sup>

Kurz darauf trat Brandt auf dem Landesparteitag der Berliner SPD Ende Mai 1952 erstmals gegen Franz Neumann an und verlor deutlich. Die Niederlage war vorhersehbar. Nicht erwartet hatte Brandt aber, dass die zur gleichen Zeit wieder kursierenden Diffamierungen seiner Person auch aus den Reihen der Berliner Partei kamen. Fassungslos schrieb Brandt an Schumacher, dass in der Berliner SPD die „echte Auseinandersetzung durch Mittel der Diffamierung“ ersetzt werde. Das geschehe nicht am Stammtisch, sondern „in Kreisvorstandssitzungen und in anderen verantwortlichen Körperschaften“.<sup>59</sup> In einem offenen Brief an die führenden Mitglieder der Berliner Landesorganisation verhehlte Brandt nicht, „erschüttert“ darüber zu sein, dass die eigenen Parteifreunde den „Emigrations-Komplex“ als Argument gegen Reuter und gegen ihn benutzten und zum Thema innerparteilicher Diskussionen machten.<sup>60</sup> Von „persönlicher Feigheit“ sei die Rede und davon, dass Emigranten über die politischen Verhältnisse in Deutschland nur begrenzt urteilen könnten. Unmittelbar vor dem Parteitag erläuterte Brandt daher in diesem Schreiben auch ausführlich die Gründe seiner Emigration. Er brauche sich seiner politischen Arbeit in Norwegen und Schweden nicht zu schämen. Er wolle sich deshalb auch nicht damit abfinden, dass „das Ringen um den richtigen Weg durch das Anwenden der Dreckschleuder ersetzt werden soll“. Gerade deswegen habe er an seiner Kandidatur festgehalten.<sup>61</sup>

Als Brandt im Frühjahr 1954 Neumann auf einem Landesparteitag wiederum herausforderte, sah die innerparteiliche Landschaft schon ganz anders aus. Er verlor abermals, doch nur sehr knapp. Diesmal fehlten ihm zwei Stimmen. Eine große Mehrheit der Delegierten wählte Brandt anschließend zum stellvertretenden Landesvorsitzenden. Zu dem guten Wahlergebnis hatte vor allem seine

nachdenkliche Vorstellungsrede beigetragen, in der er die Berliner SPD beschwor, der „zunehmenden Tendenz zur Isolierung und der zunehmenden Provinzialisierung Berlins“ entgegenzuwirken, die „zur geistigen Verkümmern“ führe. Lautstarke Proteste zeigten allerdings, dass nicht alle Parteitagsdelegierte seine Aufforderung, den „Sinn für das Wesentliche“ zu behalten, verstanden hatten.<sup>62</sup>

#### *Auf dem Weg zum Regierenden Bürgermeister 1955 bis 1957*

Bei anderen Sozialdemokraten in Berlin und namentlich bei Heinrich Albertz, der 1955 aus Niedersachsen kam und an der Spree Senatsdirektor für Volksbildung wurde, fand Brandt für seine Appelle ein offenes Ohr. Auch Albertz sah, wie er im Oktober 1955 in einem Brief an einen dänischen Freund betonte, viele seiner neuen Berliner Parteifreunde in einem „provinziellen“ Denken befangen. Die Ursache sei eine in Berlin herrschende „Festungspsychose“. Aufgrund unbegreiflicher Illusionen meine man „hier noch wie in den heroischen Zeiten der Blockade, mit einem bloßen Nein auskommen zu können“.<sup>63</sup> Anders als Albertz sprach Brandt in dieser Zeit auf Landesparteitagen bereits offen aus, dass es aufgrund der internationalen Entwicklungen nicht ausreiche, in Berlin „einfach mit den Vokabeln einer vergangenen Zeit die heutige meistern zu wollen [. . .]. Wir stehen – und das sollten wir nüchtern und illusionslos prüfen – der Tatsache gegenüber, daß bisher erstarrte Fronten in Bewegung geraten sind.“<sup>64</sup>

Die Stimme Willy Brandts in der Berliner Politik war in den fünfziger Jahren immer deutlicher zu hören. Als Otto Suhr 1955 zum Regierenden Bürgermeister gewählt wurde, folgte Brandt ihm in das Amt des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses nach. In einer Kampfabstimmung in der SPD-Abgeordnetenhausfraktion hatte er sich zuvor gegen den Kreuzberger Bezirksbürgermeister Willy Kressmann durchgesetzt.<sup>65</sup> In seiner ersten Ansprache nach seiner Wahl zum Präsidenten des Westberliner Parlaments rief Brandt am 11. Januar 1955 alle Fraktionen zur Zusammenarbeit auf, um Berlin wieder zur „zusammengefügt Hauptstadt“ Deutschlands werden

zu lassen. Zugleich wünschte er, dass der „menschliche Kontakt“ zwischen Ost- und Westberlinern nicht abreißen möge. Auch die Politik müsse ihn pflegen, „wenn wir ein Volk bleiben wollen; und das wollen wir“.<sup>66</sup>

Sein neues Amt machte Brandt in der Stadt noch bekannter. Die Westberliner Presse zeichnete von ihm das Bild eines modernen und dynamischen Politikers. Gleichzeitig wuchs die Abneigung des Landesvorsitzenden Neumann und seiner Anhänger gegen Brandt. Sie konnten indessen nicht verhindern, dass der Präsident des Abgeordnetenhauses am 5. November 1956 durch sein entschlossenes und couragiertes Auftreten das Profil eines Politikers gewann, der berufen schien, zu einem neuen Ernst Reuter zu werden. An diesem Tag versammelten sich über 100 000 Berliner vor dem Rathaus Schöneberg, um gegen die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn durch die sowjetische Armee zu protestieren. Am 23. Oktober 1956 hatten die revolutionären Ereignisse in Ungarn begonnen, die zunächst zur Bildung einer reformkommunistischen Regierung führten. Als die Sowjetarmee intervenierte, kam es zum Aufstand. Am 1. November 1956 verkündete der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und rief die Vereinten Nationen um Hilfe – jedoch vergeblich. Am 5. November 1956 brach der Aufstand zusammen.

Den Erwartungen der aufgebrachten Menge vor dem Rathaus Schöneberg, die über die Sowjetunion ebenso empört war wie über das Stillhalten der Westmächte, waren bei der aufgeregten Atmosphäre auf dem Platz die offiziell vorgesehenen Redner der Kundgebung in keiner Weise gewachsen. In der Westberliner Presse wurde vor allem Franz Neumann kritisiert. Er habe als „Parteiredner“ an den Gefühlen der Berliner vorbeigeredet und sich damit „aus der Kandidatenliste für den Posten eines Regierenden Bürgermeisters gestrichen“.<sup>67</sup> Heftige Kritik am Landesvorsitzenden übten auch verschiedene Gliederungen der Berliner SPD. Sie konstatierten eine „geistige Führungslosigkeit“ der Partei und forderten die Einberufung eines Parteitages. Willy Brandt und seiner Frau Rut war es dagegen am Abend des 5. November mit Geistesgegenwart und Mut

gelungen, erregte und enttäuschte Kundgebungsteilnehmer, die zum Brandenburger Tor ziehen wollten, zu beruhigen und hierdurch eine Eskalation abzuwenden.<sup>68</sup> Alle Beobachter waren sich einig, dass dieser Tag einen Wendepunkt in der politischen Karriere Brandts markierte. Eben war er noch ein junger aufstrebender Politiker gewesen, der sich mit seiner eigenen Parteiführung herumstritt. Am Morgen nach dem 5. November war die „Krise vorbei, und die Brandts waren Helden“.<sup>69</sup> Brandt wollte zwar die Situation nicht ausnutzen und eine Art „Burgfrieden“ in der Berliner SPD wahren. Er konnte aber sicher sein, dass eine ausreichende Mehrheit der Partei hinter ihm stand, wenn eine Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters auf ihn zukommen sollte.<sup>70</sup>

Als Otto Suhr im August 1957 starb, dauerten die Irritationen über die Nachfolge dann auch nicht lange. Der Landesvorsitzende Franz Neumann versuchte ein letztes Mal, Brandts Aufstieg in der Berliner Landespolitik zu verhindern, und scheiterte kläglich. Am 3. Oktober 1957 wählte das Abgeordnetenhaus den 43-jährigen Willy Brandt zum Regierenden Bürgermeister von Berlin.<sup>71</sup>

Nun war auch sein Aufstieg an die Spitze der Berliner SPD nicht mehr aufzuhalten. Auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 12. Januar 1958 löste Willy Brandt nach jahrelangem innerparteilichen Streit den seit 1946 amtierenden Franz Neumann als Landesvorsitzender der SPD ab. Die Wahl war von seinem engen Mitarbeiter Klaus Schütz generalstabsmäßig vorbereitet worden. Zwar hatte Brandt zunächst gezögert, auch innerparteilich die Machtfrage zu stellen, doch wurde er von Schütz im Oktober 1957 zu seiner Entscheidung gedrängt.<sup>72</sup> Nachdem er sich allerdings entschieden und sein Ziel erreicht hatte, bezeichnete er die Übernahme dieser „zusätzlichen Aufgabe“ als notwendig. Es sei unvermeidlich gewesen, „die Dinge hier einmal zur Entscheidung zu bringen“. Er fürchtete wohl noch viele Schwierigkeiten, war sich aber sicher, auch damit fertig zu werden, zumal er auch aus der westdeutschen Partei eine „ganze Reihe positiver Äußerungen“ vernommen hatte. Die Parteiführung in der Bonner „Baracke“ schien allerdings „nicht begeistert zu sein“.<sup>73</sup>

Dabei blieb es zunächst auch noch nach dem Stuttgarter Bundesparteitag vom Mai 1958, der eine Reform der Parteiorganisation beschlossen und Willy Brandt endlich, im dritten Anlauf, den ersehnten Platz im Parteivorstand der SPD verschafft hatte.<sup>74</sup>

#### *Neue Akzente und bundespolitischer Aufstieg des Regierenden Bürgermeisters*

In seiner ersten Regierungserklärung vom 17. Oktober 1957 knüpfte Brandt an die Berlin-Politik seiner Vorgänger Ernst Reuter, Walther Schreiber (CDU) und Otto Suhr an. Zugleich setzte er zunächst kaum wahrgenommene neue Akzente. Er betonte – und wiederholte es noch oft –, dass er von Berlin aus keine „eigene Außenpolitik“ betreiben könne und auch nicht wolle. Berlin und die Berliner hätten jedoch über die Jahre hinweg besondere Erfahrungen an der Schnittstelle des Kalten Krieges machen müssen, die vielleicht auch neue politische Initiativen anregen könnten. Der von ihm geführte Senat wolle Politik für die Menschen in allen Teilen Berlins machen. Deshalb schlug Brandt Gespräche zwischen den „technischen Behörden“ in Ost- und Westberlin vor, um die Lebensverhältnisse zu verbessern. Das Spektrum der Themen war umfangreich. Es reichte von dem Vorschlag, die seit Mai 1952 durch die Ostberliner Postverwaltung unterbrochenen Telefonverbindungen zwischen den beiden Stadthälften wieder herzustellen, bis zu einer gemeinsamen Stadt- und Verkehrsplanung.<sup>75</sup>

Das Gesprächsangebot, das im Juni 1958 in einem nach Ostberlin übermittelten Katalog von „10 Fragen an die Verwaltung des Ostsektors“ konkretisiert wurde, war aber in der Form noch in die Sprache des Kalten Krieges eingebettet. Die Initiative wurde sofort der Presse mitgeteilt. Ganz offensichtlich zielte sie vor allem auf Wirkung in der Westberliner Öffentlichkeit. Von einem ernst gemeinten Versuch, mit der DDR – die von der Bundesrepublik als Staat nicht anerkannt und auch von Brandt damals noch als „Zone“ oder „sowjetisch besetztes Gebiet“ bezeichnet wurde – ins Gespräch zu kommen, konnte noch keine Rede sein. Bereits die im Übermittlungs-

schreiben gewählte Anschrift „An die Verwaltung des Ostsektors von Berlin“ bot eine Garantie dafür, dass das Angebot von den Behörden Ostberlins als in Form und Inhalt „ungehörig“ abgelehnt werden würde.<sup>76</sup>

Brandts Überlegungen, gleichwohl etwas Bewegung in die festgefahrenen Rituale der Deutschlandpolitik zu bringen, wurden durch einen Paukenschlag der Sowjetunion hinfällig: Das „Chruschtschow-Ultimatum“ vom November 1958 stellte die Existenz eines freien Westberlin und seiner Bindungen an die Bundesrepublik grundsätzlich in Frage. Der sowjetische Ministerpräsident hatte in einer Rede am 10. November 1958 die USA, Großbritannien und Frankreich beschuldigt, das Potsdamer Abkommen gebrochen zu haben, und die Aufhebung des Vier-Mächte-Status von Berlin angekündigt. In Noten an die Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR forderte die Sowjetunion am 27. November 1958 die Beendigung des „Besatzungsregimes in Westberlin“. Die sowjetische Regierung schlug die Umwandlung Westberlins in eine „entmilitarisierte Freie Stadt“ vor und räumte dafür eine Frist von sechs Monaten für Verhandlungen der vier Siegermächte ein. Für den Fall, dass diese Frist ergebnislos verstreiche, drohte die Sowjetunion den Abschluss eines separaten Friedensvertrages mit der DDR an, durch den die alliierten Kontrollrechte in Berlin vollständig auf die Regierung in Ostberlin übertragen werden sollten.<sup>77</sup>

Für den Regierenden Bürgermeister waren diese Vorschläge „untragbar“, wie er in seiner ersten Stellungnahme noch am 27. November 1958 erklärte: „Es ist das erkennbare Ziel der kommunistischen Politik, ganz Berlin in die sogenannte ‚DDR‘ einzugliedern.“ Jetzt galt es aus der Sicht Brandts, in der Berlin-Politik mit besonderem Nachdruck den Schulterschluss mit der Bundesregierung zu suchen und die Westalliierten höflich, aber bestimmt aufzufordern, „ihre Rechte und Pflichten in Berlin bis zur Überwindung der Spaltung Deutschlands auszuüben“ und keine Änderung des Status quo von Berlin zuzulassen.<sup>78</sup>

Die Abgeordnetenhaus-Wahlen in Westberlin am 7. Dezember 1958 standen ganz im Zeichen des Ultimatums. Brandt und die SPD

fürten den Wahlkampf mit der Losung „Berlin bleibt frei“. Bei einer Rekordwahlbeteiligung von über 93 % erhielt die SPD mit 52,6 % der Stimmen die absolute Mehrheit. Nur die CDU war mit 37 % noch im Abgeordnetenhaus vertreten, alle anderen Parteien konnten die 5 %-Hürde nicht überspringen. Die SED erhielt gar nur knapp 2 % der Stimmen. Trotz ihrer Mehrheit und trotz des Widerspruchs der Parteilinken bot die SPD der CDU wenige Tage nach der Wahl eine Koalition an. Für Brandt war die Große Koalition ohne Opposition eine „Notgemeinschaft“, die angesichts der sowjetischen Angriffe auf den Status Berlins unumgänglich sei.<sup>79</sup>

Mit dem Wahlerfolg in Berlin stieg der Regierende Bürgermeister in der Öffentlichkeit zum „Star“ der deutschen Sozialdemokratie auf. Er erlangte bundesweite Bekanntheit und war in den Medien sehr gefragt. Das Ehepaar Brandt machte in Abendkleid und Smoking auf Pressebällen eine gute Figur, worüber die Zeitungen gern berichteten, die Traditionalisten in der SPD aber die Nase rümpften.

Die Krise um Berlin ließ Willy Brandt auch auf internationalem Parkett zum begehrten politischen Gesprächspartner werden. Eine vierwöchige Reise um die Welt, die er mit Unterstützung der Bundesregierung unternahm, um für das freie Berlin zu werben, führte ihn im Februar und März 1959 zunächst nach Nordamerika und danach weiter nach Japan, Hongkong, Thailand, Birma, Ceylon, Pakistan und Indien.<sup>80</sup>

Zur selben Zeit wuchs Brandts Einfluss in der Bundes-SPD. Die deutsche Sozialdemokratie hatte mit dem Godesberger Programm im November 1959 eine programmatische Wende zur Volkspartei vollzogen.<sup>81</sup> Der Politiker, der nach der Meinung einer wachsenden Zahl von Sozialdemokraten die Wende am glaubwürdigsten verkörperte, war Willy Brandt. In der SPD mehrten sich die Stimmen, die eine erneute Kanzlerkandidatur des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer nicht mehr für selbstverständlich hielten. Brandt war zudem mit seinen 45 Jahren fast so jung wie der amerikanische Präsidentschaftskandidat John F. Kennedy, der im Januar 1961 Präsident Eisenhower nachfolgen sollte. Wie Kennedy gehörte Brandt einer neuen Poli-

tikergeneration an. Zum Verdruss vieler Christdemokraten konnte der Regierende Bürgermeister den Beliebtheitsgrad von Bundeskanzler Adenauer rasch übertreffen.<sup>82</sup> Im November 1960 kürte der Parteitag Willy Brandt in Hannover mit großer Mehrheit zum Kanzlerkandidaten der SPD für die Bundestagswahl 1961.<sup>83</sup>

*Mit harten Bandagen – die Auseinandersetzungen in der Berliner SPD und die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt*

In der Berliner SPD wollte die Kritik am Landesvorsitzenden Brandt in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren gleichwohl nicht verstummen. Allerdings wagten nur wenige den offenen Schlagabtausch. Die innerparteilichen Kritiker führten meist „Stellvertreterkriege“, die das Klima in der Partei vergifteten. Das bekam zunächst Heinrich Albertz zu spüren. Brandt wollte ihn nach den Wahlen Ende 1958 zum Sozialsenator machen. In mehreren Abstimmungen in der SPD-Fraktion fiel der Kandidat des Regierenden Bürgermeisters durch. Brandt, dem diese Niederlage galt, nannte die Entscheidung „sachlich nicht gerechtfertigt, menschlich bedauerlich und in der Wirkung nach außen nicht gerade zuträglich“; er drohte sogar mit seinem Rücktritt.<sup>84</sup> Albertz schrieb verbittert an Brandt, dass sein „Fall“ zum „schrecklichen Beweis für immer noch in der Partei herrschende Verhältnisse“ geworden sei. Er riet Brandt, keinen Weg mehr zu gehen, „auf dem wieder Kompromisse mit Neumann und seinen Freunden geschlossen werden“.<sup>85</sup> Dieser in der Öffentlichkeit als „Rebellion der Funktionäre gegen Brandt“<sup>86</sup> wahrgenommene neuerliche Streit hatte weitreichende Folgen.

Die Fronten in der Berliner SPD waren jetzt wieder so verhärtet wie zu Beginn der fünfziger Jahre. Der Anfang 1958 verkündete „Burgfrieden“, wenn er denn überhaupt jemals ernst gemeint war, schien aufgeköndigt. Die innerparteiliche Situation aber hatte sich entscheidend zugunsten Brandts gewandelt. Der Regierende Bürgermeister war jetzt Wortführer der Mehrheit in der Partei und nicht länger bereit stillzuhalten. Seine Anhänger drängten ihn, auch orga-

nisatorisch einen Trennungsstrich gegenüber seinen Kritikern zu ziehen. Brandt, der noch Mitte der fünfziger Jahre auf Landesparteitagen Toleranz im innerparteilichen Streit eingefordert hatte, gab dem Drängen nach.

Zu diesem Meinungswandel trug der Umstand bei, dass 1957 und 1958 wie schon zu Beginn der fünfziger Jahre besonders vehemente Angriffe gegen seine Person aus den eigenen Reihen gekommen waren. Zunächst war Brandt als Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters ins Visier politischer Gegner von rechts geraten. Sie machten als „haßerfüllte Widersacher“ die Zeit der Emigration erneut zum Thema. Immer wieder hieß es, er habe in fremder Uniform auf deutsche Soldaten geschossen. Brandt sah in den diffamierenden Artikeln einer Berliner Montagszeitung, die seit Anfang 1957 in Fortsetzung erschienen, eine „veritable Kampagne der Ehrabschneidung“. Er setzte sich zur Wehr – mit Erfolg.<sup>87</sup> Es blieb ihm auch nicht verborgen, dass Bundeskanzler Adenauer ihm weiterhin „mit beträchtlichem Vorurteil“ begegnete, ihn als „früheren Kommunisten“ bezeichnete und sich auch nicht scheute, Brandt bei seinen Parteifreunden als Karrieristen anzuschwärzen. „Ob sich das ändern wird, bleibt abzuwarten“, schrieb Brandt im Dezember 1957 an Erich Brost. Andererseits wahrte der Bundeskanzler die Form und gratulierte ihm zu seinem neuen Amt als Regierender Bürgermeister.<sup>88</sup>

Doch es verbitterte Brandt sehr, dass wiederum nicht nur Gegner der Sozialdemokraten, sondern auch einige seiner Berliner Parteifreunde an der Verbreitung von Gerüchten beteiligt waren.<sup>89</sup> Einzelne Mitglieder der SPD halfen sogar, eine aus der DDR stammende Schmähschrift zu verteilen. Unter dem Titel „Ein Mann namens Frahm . . .“ und mit fingiertem Absender wurde sie im Herbst 1958 an Funktionäre der SPD in Berlin und in der Bundesrepublik verschickt. Ein Exemplar erreichte sogar Bruno Kreisky in Wien, der das, wie er schrieb, „üble Pamphlet“ im September 1959 an die Berliner Senatskanzlei sandte.<sup>90</sup> Das hektographiert vervielfältigte Manuskript erweckte den Anschein, als stamme es aus der Feder oppositioneller Sozialdemokraten, war aber in Wahrheit eine Zusammenfassung al-

ler in der DDR seit 1948 gesammelten denunziatorisch nutzbaren Informationen über Brandt.<sup>91</sup> In der SED-Zeitung *Neues Deutschland* war bereits Anfang 1950 ein Artikel erschienen, der eine angebliche Zusage von „einem, der es wissen muß“ zitiert hatte. Darin war vom Spionagevorwurf gegen Brandt bis zu seiner Charakterisierung als Person, die der Sensations- und Gewinnsucht verfallen sei, alles enthalten, was in Druckerzeugnissen aus der DDR mit meist denselben Worten bis weit in die sechziger Jahre hinein verbreitet wurde.<sup>92</sup> Im Herbst 1958 hielten einige politische Gegner Brandts in der Berliner SPD die Schrift „Ein Mann namens Frahm . . .“ wegen der geschickten Machart in der Tat für das Werk „oppositioneller“ Sozialdemokraten. Der frühere Oberbürgermeister Otto Ostrowski trug die Schrift sogar zu einem Journalisten aus Ostberlin, in der Annahme, dieser kenne sie nicht, und bat um Hilfe bei der Verbreitung. In der Zeitung der sogenannten „Sozialdemokratischen Aktion“, einer 1948 von der SED gegründeten Organisation angeblicher oppositioneller Sozialdemokraten, erschien der Text dann im November 1958 und fand erneut den Weg nach Westberlin.<sup>93</sup>

Die Zeitung der DDR-Blockpartei NDPD nahm den Aufenthalt Brandts in den USA im Februar 1959 zum Anlass für eine besonders infame Beschimpfung. In einem ganzseitigen Artikel wurde Brandt unterstellt, er habe eigentlich nach Spanien reisen wollen. Dort solle er ausgezeichnet werden wegen seiner Unterstützung einer trotzkistischen Partei im Bürgerkrieg 1937, die in Wahrheit eine Spionageorganisation der spanischen Faschisten gewesen sei. Das auf angeblich geheime Archivalien gestützte Machwerk sparte darüber hinaus nicht mit Anspielungen auf die nichteheliche Geburt Brandts.<sup>94</sup> In der SED galt der Regierende Bürgermeister von Berlin als Anführer des rechten Flügels in der SPD, als „Vertreter der amerikanischen Fraktion“. Die DDR-Führung verfügte allerdings nicht nur über Material aus Brandts Emigrationszeit, das angeblich authentisch sein sollte. Der Staatssicherheitsdienst meinte auch, über das Privatleben Brandts gut Bescheid zu wissen.<sup>95</sup> Jedenfalls über die politische Haltung des Regierenden Bürgermeisters war die SED-Spitze aus vielerlei Quellen gut informiert. Nur wenige Tage, nach-

dem Brandt Ollenhauer und anderen Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes vertraulich über die Ergebnisse seiner Weltreise im Frühjahr 1959 berichtet hatte, lieferte der Informant „Claus“ ein vierseitiges Protokoll über dieses Treffen nach Ostberlin. Er hatte offenbar an diesem Gespräch im kleinen Kreis teilgenommen.<sup>96</sup> Vertrauliche Informationen erhielt die SED-Führung aber auch von „Freddy“. Hinter diesem Decknamen verbarg sich der langjährige Landessekretär, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und schließlich auch Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Braun, der von 1947 an bis zu seinem Tode im Jahre 1966 Informant des Staatssicherheitsdienstes der DDR und von dessen Vorläufer war.<sup>97</sup>

Brandt legte zwar Wert darauf, als SPD-Landesvorsitzender nicht nur eine Gruppe in der Partei zu vertreten und schlug deshalb in den Diskussionen mit seinen Kritikern anfangs wieder einen „versöhnlichen Ton“ an, „um gruppenmäßiges Gegeneinander und cliquenmäßige Verkrampfung überwinden zu helfen“.<sup>98</sup> Aber die Anwürfe gegen seine Person hatten ihn mehr getroffen, als er nach außen zugeben mochte. Er wusste auch, dass einige (wenige) Berliner Sozialdemokraten sich mehr der SED und der DDR verpflichtet fühlten als der eigenen Partei.<sup>99</sup>

Das erklärt allerdings nicht ausreichend, warum Brandt bereit war, zu Beginn der sechziger Jahre dem Parteiausschluss von engen Freunden aus der Zeit der Emigration zuzustimmen. Die dafür angegebenen Gründe sind im Rückblick nicht überzeugend. Max Köhler, für dessen Rückkehr und soziale Sicherung sich Brandt noch Mitte der fünfziger Jahre persönlich eingesetzt hatte<sup>100</sup>, fiel in Ungnade, weil er einen kirchenkritischen Aufsatz in einer Freidenker-Zeitschrift geschrieben hatte. Als der „Sofortausschluss“ auf Widerspruch stieß, verteidigte Brandt die Sanktion mit Verweis auf die Statuten und erklärte, die Maßnahme tue ihm „persönlich leid“.<sup>101</sup>

Brandt und noch mehr seine engen politischen Freunde folgten damit dem in der SPD in jenen Jahren gepflegten „Prinzip der parteilichen Geschlossenheit“, das bei Disziplinverstößen auch einen sofortigen Ausschluss aus der Partei rechtfertigte. Die jeweilige Minderheit in der Partei sah ihre Einflussmöglichkeiten durch ein Orga-

nisationsstatut beschnitten, das diese Praxis erlaubte. Sie ließ die Kritik indessen fallen, wenn sie selbst zur Mehrheit geworden war. Die Zuordnung von Mehrheit und Minderheit zu jeweiligen rechten oder linken Tendenzen in der Partei spielte dabei nur eine geringe Rolle.<sup>102</sup> Nach dem Godesberger Parteitag im Jahre 1959 praktizierte freilich die SPD-Parteiführung eine „rigorose Abgrenzung“ auch gegenüber den „nichtkommunistischen Linkssozialisten“, darunter nicht wenige frühere Kampfgefährten Brandts. Das trug dazu bei, „den Rahmen der Diskussion über Grundsatzfragen über die durch das Godesberger Programm gesteckten Grenzen hinaus zu reduzieren“.<sup>103</sup>

In der Berliner SPD wurde das „Prinzip der Geschlossenheit“ besonders rigoros gehandhabt, wie das Beispiel des populären Kreuzberger Bezirksbürgermeisters Willy Kressmann verdeutlicht.<sup>104</sup> Er hatte sich im innerparteilichen Streit der fünfziger Jahre auf die Seite von Franz Neumann geschlagen, vertrat aber zu Beginn der sechziger Jahre bei öffentlichen Auftritten politische Überzeugungen, die nicht sehr weit von Brandts Positionen entfernt waren. Während einer Reise in die USA ging Kressmann im Sommer 1962 in New York auf aktuelle Probleme in Berlin ein, auch auf einen Schusswechsel zwischen der Ost- und Westberliner Polizei an der Mauer. Seine Äußerungen wurden von den Presseagenturen sehr verkürzt wiedergegeben und in Berlin als einseitige Kritik am Verhalten der Westberliner Polizei interpretiert. Die Berliner SPD distanzierte sich von dem Bezirksbürgermeister; dessen Ansichten spiegelten „weder die Haltung noch die Politik der Berliner SPD“ wider.

Ferner hatte Kressmann in den USA den Begriff der Koexistenz aufgegriffen und zu einer realistischen, die Interessen der Sowjetunion berücksichtigenden Berlin-Politik geraten. Er hatte auf die Gefahr eines militärischen Konfliktes an der Berliner Mauer hingewiesen und erklärt, es sei Aufgabe der Berliner Politik, zu den Menschen hinter der Mauer Kontakt zu halten. Das waren Fragen, die Brandt und seine Freunde zur selben Zeit diskutierten, aber nicht auf dem „offenen Markt“ austragen wollten, da die besondere Situation Berlins das nicht vertrage. Kressmann sollte aus der SPD aus-

geschlossen werden, weil er der Partei angeblich Schaden zugefügt hatte. Die Extratour eines Berliner Politikers, der nicht zur richtigen Fraktion gehörte, war der eigentliche Grund. Als Bezirksbürgermeister wurde Kressmann im November 1962 abgewählt. 1963 trat er verbittert aus der SPD aus.

Es waren weniger politische Auffassungen, die den sich damals reorganisierenden „linken Flügel“ der Berliner SPD von Brandt und seinen Freunden trennten, als vielmehr wechselseitige Fehlwahrnehmungen, die mit dem „Grabenkrieg“ der vorhergehenden Jahre zu erklären sind. Die Gräben konnten so schnell nicht zugeschüttet werden. Brandt neigte, auch wegen der großen Publizität des „Dschungelkrieges“ in der Berliner SPD, mehr und mehr dazu, in diesen Fragen nichts zu überstürzen. Aber nicht wenige gerade seiner damals noch engen Weggefährten, wie Kurt Mattick, Kurt Neubauer und Theo Thiele, blieben unversöhnlich.<sup>105</sup>

Allerdings musste Brandt feststellen, dass auch einige dieser Freunde, die seinen politischen Aufstieg in der Berliner SPD und in der Berliner Landespolitik mit großem Einsatz unterstützt hatten, ihm nun nicht mehr in allen Fragen folgten. Sie meinten, dass der Regierende Bürgermeister nur aufgrund ihrer Hilfe so erfolgreich war, und registrierten, dass er nicht mehr jeden ihrer Ratschläge umsetzen wollte. Darüber hinaus neigten sie dazu, „Erbhöfe“ zu bilden und sie gegen neue Berater Brandts abzuschotten. Daraus entstanden Konflikte, die freilich nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Brandt zögerte nicht, seinen Freunden deutlich zu sagen, wer die „Richtlinien der Politik“ bestimme.<sup>106</sup> Gegenüber manchen seiner Weggefährten aus seinen ersten Berliner Jahren, zu denen beispielsweise der langjährige Chef der Senatskanzlei und des Presseamtes, Hans Hirschfeld, sowie der Senator für Bundesangelegenheiten, Günter Klein, gehörten, ging er sogar auf Distanz. Neue Ideen für eine Politik in Berlin diskutierte er nunmehr vor allem mit Klaus Schütz, Heinrich Albertz und Egon Bahr, die zwischen 1959 und 1961 wichtige Posten im Senat übernahmen und einen Generationswechsel an der Spitze der Berliner Politik sichtbar werden ließen.<sup>107</sup>

*Der pragmatische Realist – Deutschland- und Berlin-Politik von den fünfziger Jahren bis zum Mauerbau 1961*

Brandt und seine engeren politischen Freunde suchten nicht erst nach dem Mauerbau 1961 Alternativen in der Deutschland- und Berlinpolitik.<sup>108</sup> Schon in den fünfziger Jahren entwickelte Willy Brandt Überlegungen, den „Immobilismus“ der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik zu überwinden. Diese war geprägt von der Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 auf der Grundlage freier Wahlen und durch den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. Die internationale Anerkennung der DDR sollte mit der 1955 formulierten „Hallstein-Doktrin“ verhindert werden: Die Bundesrepublik betrachtete danach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines Drittstaates mit der DDR als „unfreundlichen Akt“ und drohte für diesen Fall Sanktionen an. Diese reichten von der Einstellung der besonders für Entwicklungsländer wichtigen Wirtschaftshilfe bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die Bundesrepublik nahm darüber hinaus – außer zur Sowjetunion – zu keinem Staat diplomatische Beziehungen auf, der die DDR anerkannt hatte.<sup>109</sup>

Seit Mitte der fünfziger Jahre bemühte sich Willy Brandt, so sehr er auch auf westliche Gemeinsamkeiten setzte, Spielräume für eigene berlin- und deutschlandpolitische Wege zu finden. Dabei musste er die Schranken im Auge behalten, die ihm durch die eigene Partei, vor allem aber durch die Bundesregierung gesetzt waren. Gerade deshalb aber galt ein Satz, den er im Rückblick auf die fünfziger und sechziger Jahre in seinen Erinnerungen über Adenauer schrieb, in großem Maße auch für ihn selbst. Adenauer habe, bemerkte er, „über weite Strecken anders geredet als gedacht“.<sup>110</sup> Auch Brandt redete in dieser Zeit öffentlich anders als im kleinen Kreis, und er wählte verklausulierte Formulierungen, wo Eindeutigkeit politischen Wirbel erzeugt hätte. So vermied er stets, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze öffentlich eindeutig anzusprechen. Aber umschreibenden Sentenzen, die er nur leicht variiert durch die Jahre hinweg wiederholte, war schon im Mai 1955 zu entnehmen, dass er unter Wiedervereinigung

nicht die Rückkehr der Vertriebenen in die Gebiete jenseits von Oder und Neiße verstand. Auf einem Landesparteitag der Berliner SPD erklärte er, es gehe um die „Wiedervereinigung der deutschen Menschen, wo sie heute leben“. „Falsche Parolen zur Oder-Neiße-Linie zum falschen Zeitpunkt und in falscher Form“ störten internationale Verhandlungen über die deutsche Frage.<sup>111</sup>

Nicht zuletzt wegen seines Interesses an außenpolitischen Fragen hatte sich Brandt 1949 in den Bundestag entsenden lassen. Die Mitarbeit im Außenpolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages war für ihn selbstverständlich. Der Dissens mit Schumacher, zumal in der Europa-Politik, war zwar unübersehbar, aber er bedeutete keinesfalls, dass Brandt für die Politik der Bundesregierung große Sympathien hatte. Den SPD-Vorsitzenden Schumacher nahm er ausdrücklich gegen die seiner Ansicht nach ungerechtfertigte Kritik aus dem Ausland in Schutz. Auch Brandt befürchtete eine „reaktionär-katholische Blockbildung“ in Westeuropa.<sup>112</sup> Er warf Adenauer – insbesondere in der Debatte um die Westverträge und die Stalin-Noten im Frühjahr 1952<sup>113</sup>, aber auch im Jahr danach – eine „Schmalspurpolitik“ vor.<sup>114</sup> Brandt kritisierte, dass der Kanzler die Westintegration der Bundesrepublik bedingungslos vorantreibe und die Chancen für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ernsthaft prüfe.<sup>115</sup>

Besonders scharf attackierte er die Politik des Bundeskanzlers nach der Niederschlagung des Aufstands in der DDR am 17. Juni 1953. In Berlin erlebte Brandt aus nächster Nähe die spontanen Streiks und Demonstrationen der Ostberliner Bauarbeiter. Die Proteste mündeten in einen Arbeiteraufstand, an dem sich bald auch andere Schichten der Berliner Bevölkerung beteiligten und der sich schnell auf viele Regionen der DDR ausdehnte. Der Aufstand wurde durch sowjetische Panzer gewaltsam beendet; viele Tote waren zu beklagen. In einer Rede am 1. Juli 1953 im Bundestag wandte sich Willy Brandt gerade wegen der zahlreichen Opfer mit scharfen Worten dagegen, dass die sozialen und politischen Forderungen der „Arbeiter in der Zone für bestimmte politische Zwecke im Westen [...] ausgeschlachtet werden“. Die Arbeiter hätten mit ihrer Forderung nach

freien Wahlen auch die Wiedervereinigung Deutschlands gewollt, aber „sie wollen demokratisieren, nicht restaurieren“.<sup>116</sup> Trotz des Scheiterns des Aufstands urteilte Brandt wenige Monate später über die Ereignisse: „Es ist nicht wahr, daß der 17. Juni ‚ergebnislos‘ verlaufen sei oder mit einer Niederlage der Bevölkerung geendet habe.“<sup>117</sup>

Vor der Bundestagswahl im September 1953 kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition, die sich durch den Verlauf und durch das Ende der Erhebung in der DDR in der eigenen Politik jeweils bestätigt fühlten. Während Adenauer weiter auf die rasche Verwirklichung der Westintegration der Bundesrepublik setzte, die er zur unbedingten Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands erklärte, drängte die SPD auf sofortige Vier-Mächte-Verhandlungen vor der endgültigen Ratifizierung der Westverträge. Andernfalls werde die Wiedervereinigung weiter erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Deshalb forderte auch Brandt in den Wochen und Monaten nach dem 17. Juni 1953, den er als Beginn eines neuen Abschnitts des Ringens um die Wiedervereinigung Deutschlands ansah, vermehrte Anstrengungen Bonns für die deutsche Einheit.<sup>118</sup>

Doch auch die Politik der SPD fand Willy Brandt in den fünfziger Jahren nicht restlos überzeugend. Er vermisste einen „festen Standpunkt“ in der sozialdemokratischen Kritik der Außenpolitik Adenauers.<sup>119</sup> Bereits im Dezember 1952 bemängelte er in einem Schreiben an den Nachfolger Schumachers, Erich Ollenhauer, dass die SPD auf die Außenpolitik der Bundesregierung nur reagiere und keine „Alternativ-Vorstellungen“ entwickle. Diese sollten in ein „geschlossenes System“ gebracht werden, wobei er sich bereit erklärte, an einer solchen Systematisierung mitzuarbeiten.<sup>120</sup> Die Erwiderung des Parteivorstands fiel eher abwehrend aus.

Brandt ließ sich dennoch nicht entmutigen. Er beobachtete weiterhin sehr sorgfältig die internationale Politik, registrierte Veränderungen in der Haltung der Großmächte und fragte nach den Auswirkungen auf die berlin- und deutschlandpolitischen Vorstellungen der SPD. Zwar kam es im Januar 1954 tatsächlich zu neuen Vier-

Mächte-Verhandlungen, denen die Sozialdemokraten mit einigen Hoffnungen entgegensahen. Doch der Verlauf der Berliner Außenministerkonferenz der vier Siegermächte, die im Februar 1954 endete und in Sachen Wiedervereinigung Deutschlands keinerlei Annäherung zwischen Ost und West brachte<sup>121</sup>, enttäuschte. Anschließend fasste Brandt seine Überlegungen zusammen und trug sie auf einem Landesparteitag am 9. Mai 1954 seinen Berliner Parteifreunden vor. Er polemisierte erneut gegen die „Bonner Halbheiten“ in der Berlin-Politik, kritisierte aber auch jene „Illusionisten“ in den eigenen Reihen, die für Deutschland weiterhin von einer Alternative zur Bindung an die nichtsovjetsche Welt träumten. Aber gerade wegen der weiterhin von Seiten der Sowjetunion zu erwartenden Schikanen in Berlin plädierte er für eine flexible Politik, denn weder eine „Politik der großen Worte“ noch eine „Politik des hypnotisierten Kaninchens“ hülfe weiter.<sup>122</sup> Die Wiedervereinigung blieb für Brandt vordringliches Ziel deutscher Politik, wobei eine politische Anerkennung der DDR für ihn nicht infrage kam. Eine Regelung vieler „praktischer Fragen“ durch die Deutschen selbst sei jedoch vorstellbar und die „Formen“ der darüber zu führenden Gespräche müssten sorgfältig geprüft werden. Das sei besser, als die absehbaren „Versteinerungen“ in der Deutschlandpolitik hinzunehmen.<sup>123</sup>

Voller Hoffnung, aber auch „nüchtern und illusionslos“ nahm Brandt ein Jahr später zur Kenntnis, dass der neue Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Chruschtschow, seit September 1954 den von Lenin geprägten Begriff der „friedlichen Koexistenz“ verwendete, um damit die sowjetische Außenpolitik zu charakterisieren. Aus Brandts Sicht gerieten damit die „erstarrten Fronten“ in der internationalen Politik in Bewegung. Als Ausdruck dafür konnten sowohl das Gipfeltreffen der Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion vom 18. bis 23. Juli 1955 gewertet werden als auch eine erneute Außenministerkonferenz der Vier Mächte im Herbst 1955, die beide in Genf stattfanden.<sup>124</sup>

Der Ost-West-Konflikt schien seine beherrschende und lähmende Rolle zu verlieren. Ein „friedliches Nebeneinander“ der Völker

war für Brandt vorstellbar, ja er sah geradezu einen Zwang zur Koexistenz und damit zur Entspannung zwischen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion. Wie er auf einem Landesparteitag der Berliner SPD im Mai 1955 erklärte, war der entscheidende Grund dafür: „Die Mächte dieser Welt scheinen zu der Erkenntnis gelangt zu sein, daß der dritte Weltkrieg nicht stattfinden darf. [...] In unserer Generation wird über nicht mehr und über nicht weniger entschieden werden als darüber, ob die Menschheit weiter existieren wird oder nicht.“<sup>125</sup>

Koexistenz barg nach seiner Meinung für die Deutschen Hoffnungen und Gefahren zugleich.<sup>126</sup> Auf der einen Seite regte der Begriff, wie Brandt feststellte, eine friedliche Lösung von Konflikten, also auch der Deutschland- und Berlin-Frage, an. Auf der anderen Seite war er geeignet, die Diktatur in der DDR zu festigen. Daher forderte Willy Brandt als westliche Antwort auf die sowjetische Koexistenz-Formel: „Es geht heute und hier darum, nachzuweisen, daß eine Politik aktiver, schöpferischer Koexistenz sehr wohl zu vereinbaren ist, ja vereinbart werden muß mit der friedlichen Veränderung willkürlicher Festlegungen aus den hinter uns liegenden Jahren.“ Energisch wandte er sich auch gegen eine „geistige Neutralität“: „Sie wäre politisches Eunuchentum. Demokratische Sozialisten haben ihren festen Standort. Sie sind keine Wanderer zwischen den Welten.“<sup>127</sup>

Ermutigt durch die ersten Anzeichen einer Entstalinisierung in der Sowjetunion unter Chruschtschow, war Brandt 1956 erstmals bereit, mit hergebrachten außenpolitischen Formeln und Dogmen zu brechen. Seit 1950 habe sich die politische Landschaft gewandelt, und es bedürfe neuer Landkarten, die die neuen Realitäten in der Weltpolitik richtig abbildeten.<sup>128</sup> Er ließ sich in dieser Haltung auch nicht beirren, als im November 1956 nach der sowjetischen Invasion Ungarns die mit dem Begriff Koexistenz verbundenen Hoffnungen „im Blut erstickt“ zu sein schienen und Berliner Demonstranten vor dem Schöneberger Rathaus Transparente mit der Aufschrift „Keine Koexistenz“ trugen.<sup>129</sup>

Die „Weltenuhr“ stand nach Brandts Überzeugung auch in den kommunistisch regierten Ländern nicht still. Er plädierte daher für

eine „Aktivierung der Ostpolitik“. Berlin dürfe dabei, so formulierte der neue Regierende Bürgermeister im Januar 1958 in einem Vortrag vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft, natürlich nicht zum „außenpolitischen Querfeldeinmarschierer“ werden; alle Überlegungen müssten mit der Bundesregierung und den westlichen Partnern abgestimmt sein. Aber gerade von Berlin aus seien „eigene kleine Schritte, Sondierungen oder was auch immer“ vorstellbar.<sup>130</sup> Berlin könne keine eigene Außenpolitik betreiben, wohl aber Schritt für Schritt versuchen, die Fronten aufzuweichen.<sup>131</sup>

Willy Brandt befürwortete eine bewegliche Politik gegenüber der Sowjetunion, die sich freilich in Berlin immer noch in engen Bahnen bewegen musste. Ein Höflichkeitsbesuch des Regierenden Bürgermeisters beim sowjetischen Stadtkommandanten in Berlin-Karlshorst im Januar 1958 fand wenig Beifall in der Öffentlichkeit. Doch Brandt verteidigte das Treffen. Er habe ein „in der Sache hartes Gespräch“ geführt; die Kritik sei ihm unverständlich, denn schließlich seien die „Sowjets [. . .] die vierte Kontrollmacht in Berlin. [. . .] Das ist eine Realität.“<sup>132</sup> Die Bindungen Westberlins an den Bund aber waren Brandt wichtiger als der formale Vier-Mächte-Status für ganz Berlin, zumal er sich keinesfalls sicher sein konnte, dass Bonn Westberlin in alle internationalen Verträge zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten immer mit einbeziehen würde.<sup>133</sup> Brandt hatte besonders seit 1958 immer wieder Grund zur Klage, dass die Bundesregierung die Interessen Westberlins in dieser Frage vernachlässige.<sup>134</sup>

Gleichwohl nutzte er sein Ansehen als Regierender Bürgermeister, das nach der Weltreise 1959 noch größer geworden war, um gemeinsam mit der Bundesregierung dafür zu werben, dass die Westalliierten den Drohungen der Sowjetunion während der durch das Chruschtschow-Ultimatum ausgelösten Berlin-Krise standhielten. Der Spielraum für eigene deutschlandpolitische Offensiven war allerdings gering. Als der sowjetische Ministerpräsident und Parteichef Chruschtschow den Regierenden Bürgermeister im März 1959 zu einem Gespräch in die sowjetische Botschaft nach Ostberlin einlud, musste Brandt die Einladung ablehnen. Widerspruch gegen

ein Treffen war vor allem vom Koalitionspartner CDU, aber auch von den USA gekommen.<sup>135</sup>

Die Genfer Außenministerkonferenzen der Vier Mächte im Sommer 1959, die nach Ablauf des Chruschtschow-Ultimatums stattfanden, blieben ohne Ergebnis in der Deutschland- und Berlinfrage.<sup>136</sup> Wenn auch die „schreckliche Gefahr“ für die Bevölkerung Westberlins damit „bis auf weiteres“ abgewendet worden war, gab es doch weiterhin „auch beträchtliche Gefahren“, wie Brandt im August 1959 an seinen Freund, den österreichischen Außenminister Bruno Kreisky, schrieb.<sup>137</sup> Der Regierende Bürgermeister nutzte daher weiter jede Gelegenheit, um die zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat bestehenden Gemeinsamkeiten in der Berlin-Politik zu beschwören. So dankte er Bundeskanzler Adenauer, der Anfang 1960 Berlin besuchte, in seiner Rede vor dem Abgeordnetenhaus am 11. Januar 1960 ausdrücklich für die Bundeshilfe. Zugleich betonte Brandt, es sei die „natürlichste Sache der Welt“, wenn „Behörden und Gerichte des Bundes in Berlin vertreten“ seien, wohl wissend, dass die Bundesregierung in dieser Frage zurückhaltend war.<sup>138</sup>

Trotz aller öffentlichen Bekundungen für eine gemeinsame Politik blieb Brandt jedoch stets misstrauisch und vorsichtig gegenüber Adenauer. Als der Kanzler im März 1960 überraschend vorschlug, eine Volksabstimmung in Berlin durchzuführen, vermied der Regierende Bürgermeister eine „dezidierte Position“, weil er sich über die Absichten Adenauers nicht im Klaren war.<sup>139</sup> Brandt fürchtete, dass der Bundeskanzler ihm die Schuld „in die Schuhe schieben“ könnte, falls neue Vier-Mächte-Verhandlungen, die für Mitte Mai 1960 in Paris anberaumt waren, für Berlin schlechte Ergebnisse zeitigen sollten.<sup>140</sup>

Unterdessen hatte Brandt auch Anlass gesehen, „illusionäre Vorstellungen“ der eigenen Partei zu kritisieren. Seine Kritik richtete sich vor allem gegen den Deutschland-Plan der SPD vom 18. März 1959. Der Plan forderte in seinem ersten Teil die Aufnahme sofortiger Verhandlungen der vier Großmächte über die Schaffung einer atomwaffenfreien und von Truppen der NATO und des Warschauer Paktes geräumten mitteleuropäischen „Entspannungszone“, die neben der

Bundesrepublik und der DDR Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei umfassen sollte. Parallel zum „gleichwertigen Auseinanderrücken“ der einander gegenüberstehenden Streitkräfte sah der Deutschland-Plan in seinem zweiten Teil die schrittweise „politische und wirtschaftliche Zusammenführung Deutschlands“ vor. Sie sollte mit der Bildung einer paritätisch besetzten Gesamtdeutschen Konferenz zur Vorbereitung von Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung beginnen und nach Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung und der Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland mit der Wiedervereinigung vollendet werden.<sup>141</sup>

Brandt verwarf den Deutschland-Plan nicht in Bausch und Bogen. Seine Einwände waren dennoch grundsätzlicher Art und bezogen sich insbesondere auf den zweiten Teil des Plans. Auf einem Berliner Landesparteitag im Mai 1959 sprach der Regierende Bürgermeister in Anwesenheit des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer seine Kritik offen aus. Er verwies darauf, dass die besondere Situation Berlins unmissverständliche Formulierungen notwendig mache, die er im Deutschland-Plan vermisste. Zudem schienen ihm einige Passagen des Plans voller Illusionen zu sein. Sie gingen offenbar, so schrieb er in einem Brief an Waldemar von Knoeringen im August 1959 ironisch, von der Annahme aus, „man könnte Ulbricht durch geschicktes Manövrieren oder durch Gutzureden zur Selbstliquidierung veranlassen“. Er prognostizierte, dass die Einheit Deutschlands noch lange auf sich warten lassen werde, denn der SED-Chef und seine Anhänger würden „dranbleiben“, bis die Sowjetunion einmal „grünes Licht für die Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit geben wird“.<sup>142</sup>

Trotz dieser Skepsis war Brandt auch nach dem Chruschtschow-Ultimatum Ende 1958 weit davon entfernt, am Status quo starr festzuhalten. Er lehnte Mitte 1959 ein „Sich-Eingraben in politische Schützengräben“ ab, weil in diesen keine realistische deutschlandpolitische Konzeption entwickelt werden könne.<sup>143</sup>

Die Geschäftsgrundlage für die Realisierung des Deutschland-Plans der SPD war von vornherein infrage gestellt. Schon die Gespräche von Fritz Erler und Carlo Schmid mit Chruschtschow am 16. März 1959 in Moskau hatten ergeben, dass die Sowjetunion gar nicht

daran dachte, „auf die DDR einzuwirken, damit die Wiedervereinigung Deutschlands stufenweise in Gang gebracht werden könne“.<sup>144</sup> Der Deutschland-Plan der SPD wurde deshalb bald Makulatur. Herbert Wehner formulierte am 30. Juni 1960 im Bundestag sein „Plädoyer für eine gemeinsame Politik“ mit der Bundesregierung und signalisierte damit eine außen- und deutschlandpolitische Wende der SPD. Bereits einige Monate zuvor, Anfang 1960, hatte Brandt öffentlich außenpolitische Gemeinsamkeiten von Bundesregierung und Opposition angesprochen. Er bekundete dabei mehr beiläufig den Willen der SPD, an einer annehmbaren Lösung der Deutschlandfrage mitzuwirken. In der Berlin-Politik saßen Bundesregierung und Berliner Senat „in einem Boot“. Es sei leider noch nie erprobt worden, was „eine gemeinsame Politik in den Schicksalsfragen unserer Nation ausrichten könnte“.<sup>145</sup>

Als designierter Kanzlerkandidat der SPD brachte Brandt seine außenpolitischen Überlegungen im Oktober 1960 zu Papier und veröffentlichte sie einen Monat später. Es gelte, das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den anderen osteuropäischen Ländern zu versachlichen. Vereinbarungen mit Moskau setzten voraus, dass Deutschland die Interessen der Sowjetunion zur Kenntnis nehme. Er plädierte auch in diesem Zusammenhang dafür, außenpolitisch nicht nur zu reagieren bzw. auf die „Marschhilfe anderer“ zu rechnen, sondern eigene Vorstellungen zu entwickeln.<sup>146</sup>

Das seit November 1958 wiederholte öffentliche Bekenntnis zum Status quo in Berlin hieß für Willy Brandt daher vor allem, einen drohenden „Status quo minus“ für die Stadt zu verhindern. Zum Status quo gehörten zum einen die engen Bindungen Westberlins an den Bund, zum anderen aber auch die zu diesem Zeitpunkt noch offenen Sektorengrenzen in der ganzen Stadt. Für Letzteres gab es aber keine westlichen Garantien, wie der Regierende Bürgermeister schon Ende der fünfziger Jahre erkannt hatte, als er den Vier-Mächte-Status mit einem „Wandschirm [. . .], hinter dem sich Passivität verbirgt“, verglich. Brandt und sein engerer Kreis von Freunden diskutierten spätestens seit 1958 neue Initiativen, um diese Passivität zu überwinden.<sup>147</sup>

*Neues Denken und neue Initiativen in der Deutschland- und Berlin-Politik nach dem 13. August 1961*

Neue Ideen waren vor allem gefragt, nachdem die DDR mit sowjetischer Rückendeckung am 13. August 1961 begonnen hatte, mitten durch Berlin und um Westberlin herum eine Mauer zu bauen. Nach einer kurzen Zeit weniger der Überraschung als der Ratlosigkeit<sup>148</sup> wollte Brandt vor allem auf eine Frage eine Antwort finden: „Wie die Mauer durchlässig machen, wenn wir schon auf längere Zeit mit ihr zu leben hätten?“<sup>149</sup>

Willy Brandt war ja bereits lange vor dem Mauerbau klar gewesen, dass die täglich wachsende Zahl von Flüchtlingen die DDR zu Reaktionen veranlassen musste und dass Westberlin, wo die meisten Flüchtlinge ankamen, davon besonders betroffen wäre. Er hatte schon in den fünfziger Jahren befürchtet, dass die seit 1948 erkennbare Trennung der Stadt in zwei Hälften noch weiter gehen könnte. Im Mai 1959 sprach Brandt in einem Interview mit einem englischen Journalisten ein weiteres Mal davon, dass der Ostberliner Bürgermeister Ebert offenbar seit langem an eine „Art chinesischer Mauer mitten durch die Innenstadt“ denke. Die Sowjetunion habe ihn bislang aber daran gehindert, diesen Plan zu realisieren.<sup>150</sup>

Was nach Brandts Meinung hinter den verschiedenen Verlautbarungen der Sowjetunion seit November 1958 steckte, analysierte er erneut im September 1960: Die kurz zuvor von der DDR-Regierung erlassene Verordnung, Westdeutschen den Besuch in Ostberlin nur mit einer Aufenthaltsgenehmigung zu gestatten, deutete für ihn darauf hin, „dass die Sektorengrenze in eine Staatsgrenze umgewandelt werden soll“. Elf Monate vor dem Mauerbau erwartete er deshalb für die Zukunft „Maßnahmen zur Kontrolle und Unterbindung des Ost-West-Verkehrs“, um den Strom der Flüchtlinge zu unterbinden. Der Regierende Bürgermeister hielt es für diesen Fall schon damals für unwahrscheinlich, dass seitens der Westalliierten „Macht aufgewendet werden kann, um auf die Entwicklung in Ostberlin einzuwirken“. Eindeutig seien die amerikanischen Garantien

nur für die Sicherheit Westberlins und für den freien Zugang nach Westberlin.<sup>151</sup>

Willy Brandt konnte daher nicht wirklich überrascht sein von dem, was am 13. August 1961 in und um Berlin geschah, auch wenn der Zeitpunkt für die seit längerem erwarteten Absperrmaßnahmen nicht vorauszusehen gewesen war. Auch mit einer gewissen Passivität der Westalliierten hatte er gerechnet. Als aber die Absperrmaßnahmen dann begannen und die Sektorengrenze tatsächlich zu einer „Staatsgrenze“ umgewandelt wurde, erregte es Brandt dennoch sehr, dass die Schutzmächte in Westberlin zunächst überhaupt nicht reagierten. Sie traten weder an der Sektorengrenze sichtbar auf noch protestierten sie energisch gegen die offenkundige Verletzung des Vier-Mächte-Status von Berlin.

In den frühen Morgenstunden des 13. August war Willy Brandt, der sich als Kanzlerkandidat der SPD auf Wahlkampfreise befunden hatte, sofort nach Berlin zurückgekehrt. Sein Besuch in der Alliierten Kommandantur wenige Stunden nach Beginn der Absperungen zeigte indes keinen Erfolg. Den westlichen Kommandanten lagen keine Weisungen ihrer Regierungen vor, und sie blieben untätig. Es drohte eine „Vertrauenskrise“ zu den Westmächten zu entstehen, wie Brandt in seinem in scharfem Ton verfassten Brief an den amerikanischen Präsidenten Kennedy vom 15. August 1961 schrieb<sup>152</sup>, der drei Tage später ebenso deutlich antwortete. Kennedy machte Brandt klar, dass die „brutale Grenzschießung“ eine Entscheidung der Sowjetunion sei, die nur durch einen Krieg rückgängig gemacht werden könne. Und, so fügte er an, einen Krieg wegen dieser Frage wolle wohl niemand. Immerhin kündigte er eine Verstärkung der amerikanischen Garnison in Berlin an und schickte seinen Vizepräsidenten in die geteilte Stadt.<sup>153</sup> Am 19. August 1961 – früher als Bundeskanzler Adenauer – besuchte Lyndon B. Johnson Berlin und übergab Brandt bei der Gelegenheit auch das Antwortschreiben Kennedys.<sup>154</sup> Die eher symbolische Verstärkung der Garnison vermochte dennoch das Vertrauen der Westberliner in die amerikanische Politik vorerst wieder zu festigen: 1500 Soldaten fuhren demonstrativ über die Autobahn von Helmstedt nach Berlin

und wurden von der Westberliner Bevölkerung jubelnd willkommen geheißen.

In mehreren Reden musste der Regierende Bürgermeister in den ersten Tagen nach dem 13. August 1961 eine extrem schwierige Aufgabe meistern. Er musste der Empörung der Berliner Ausdruck verleihen, die Absperrmaßnahmen verurteilen, die ersten Opfer an der Mauer beklagen, an die Westalliierten und an die Bundesregierung appellieren, der Politik der DDR und der Sowjetunion nicht tatenlos zuzuschauen, und doch zugleich versuchen, die Emotionen zu dämpfen, um unkontrollierbare Entwicklungen zu verhindern.<sup>155</sup> Auch auf internationalem Gebiet wurde Brandt tätig. In einem langen Schreiben informierte er den indischen Premierminister Nehru unmittelbar vor der in Belgrad Anfang September 1961 stattfindenden Konferenz der Blockfreien über die den Frieden bedrohende Situation in Berlin und bat darum, den Protest gegen diese „flagrante Verletzung der Menschenrechte“ zu unterstützen.<sup>156</sup>

Innenpolitisch beließ es Brandt nicht bei Appellen. Er begrüßte ausdrücklich den Vorschlag, die Verantwortlichen für die Gewalttaten an der Mauer persönlich zur Verantwortung zu ziehen. Alle Hinweise auf Verbrechen sollten deshalb bundeseinheitlich zum Zwecke der Beweissicherung in einer zentralen, von den Bundesländern vereinbarten Stelle gesammelt werden. Diese Einrichtung sollte, wie es in einem Fernschreiben Brandts an alle Ministerpräsidenten hieß, ähnlich der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen für die Verbrechen des NS-Regimes in Ludwigsburg die „organisatorische Grundlage für eine bundeseinheitliche und umfassende Strafverfolgung der Untaten der Gewalthaber der SED“ schaffen.<sup>157</sup> Am 24. November 1961 nahm die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen“ in Salzgitter ihre Arbeit auf.

Nach dem bedrückenden Ereignis des 13. August 1961 wollte Willy Brandt vor allem verhindern, dass der faktische Bruch der Viermächte-Vereinbarungen durch die Sowjetunion zu einer Art „Viermächte-Status“ nur für Westberlin führte, was für Moskau einen weiteren Erfolg bedeutet hätte. Er schlug daher vor, die Westalliierten sollten in den westlichen Sektoren einen „Drei-Mächte-

Status“ praktizieren, um zu verhindern, dass aus dem Status quo in Berlin nun tatsächlich ein „Status quo minus“ für Westberlin werde. Dieser an Kennedy gerichtete Vorschlag löste Verwirrung und Widerspruch beim amerikanischen Präsidenten aus, und der Regierende Bürgermeister verfolgte ihn nicht weiter.<sup>158</sup>

Kurz darauf stellte Willy Brandt in Gesprächen mit „einflussreichen Persönlichkeiten“ im Oktober 1961 in den USA fest, dass die amerikanische Regierung ihre bisherigen auf Westberlin bezogenen Zusagen zwar weiterhin einzuhalten gedenke, eine Wiedervereinigung Deutschlands auf absehbare Zeit aber nicht mehr für möglich halte. Darum gelte es nun, wie Brandt protokollierte, nach neuen Mitteln und Wegen zu suchen, um „einem Auseinanderleben der beiden Teile des deutschen Volkes zu begegnen“. Damit hatte er ein Stichwort für seine künftige Politik erhalten, und er versäumte es nicht, dieses Plädoyer für eine neue Politik der Bundesregierung in einem geheimen Memorandum über die Gespräche zu übermitteln.<sup>159</sup> Die USA erwarteten von der Bundesrepublik eigene Anstrengungen mit dem Ziel, die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern – und zwar ohne vorherige Fortschritte in der deutschen Frage.<sup>160</sup> Dies deckte sich mit der Sicht Brandts, der die starre Position der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik schon lange beklagt hatte, nun aber Rückenwind aus den USA für seine Überlegungen verspürte.<sup>161</sup>

Ein tragisches Ereignis führte den Berlinern am 17. August 1962 die Realität an der Mauer deutlich vor Augen. Bei einem Fluchtversuch verblutete der 18-jährige Bauarbeiter Peter Fechter, den DDR-Grenzsoldaten niedergeschossen hatten und auf Ostberliner Gebiet unversorgt liegen ließen. Amerikanische Soldaten wollten und konnten dem Schwerverletzten keine Hilfe leisten. Es kam erstmals nach dem Kriegsende zu antiamerikanischen Demonstrationen in Westberlin, gegen die die Polizei vorgehen musste. Vor diesem Hintergrund versuchte der Regierende Bürgermeister, „den Berlinern zu zeigen, was möglich war und was nicht“.<sup>162</sup> Wenige Tage nach dem Tode Fechters umriss Brandt daher vor über 900 Funktionären der Berliner SPD die veränderten Bedingungen für seine Berlin-Politik.

Das „Wunschdenken vergangener Jahre“ helfe nicht mehr weiter, „juristische Spintisiererei“ schon gar nicht. Der Berliner Senat habe bereits im November 1961 Ostberliner Behörden – „was auch immer wir sonst von ihnen halten“ – vorgeschlagen, über den „Personenverkehr“ zwischen den beiden Teilen der Stadt zu verhandeln. Auf diesem Wege gelte es weiter zu gehen.<sup>163</sup> Der Regierende Bürgermeister unterschied zwischen „De-facto-Beziehungen“ zwischen Ost- und Westberlin und der „De-facto-Anerkennung“ der DDR und hoffte damit, das Gebot der Nichtanerkennung der DDR unterlaufen zu können. De-facto-Beziehungen gebe es seit langem auf dem Gebiet des Handels, bei der Regelung des Eisenbahn- und Postverkehrs, und solche Beziehungen sollten durch Verhandlungen „entwickelt [. . .], geordnet, gestrafft, geregelt“ werden.<sup>164</sup>

In Bonn riefen die Ideen und Initiativen aus Berlin immer größeres Misstrauen hervor. Im Februar 1963 wurde im Auswärtigen Amt rügend festgestellt, der Regierende Bürgermeister betreibe nunmehr eine „eigene Außenpolitik“ – auch im Hinblick auf Frankreich. Er bereite eine Reise nach Paris ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes vor.<sup>165</sup> Tatsächlich traf Brandt bei seinem Besuch in Frankreich im April 1963 auch mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle zusammen.<sup>166</sup> Es war eine von mehreren Begegnungen zwischen dem deutschen Sozialdemokraten und dem französischen General. Beide schätzten einander, nicht zuletzt aufgrund einer gemeinsamen Erfahrung: die des politischen Exils und des Kampfes gegen Hitler.

Der Regierende Bürgermeister wollte de Gaulle im persönlichen Gespräch – nicht vermittelt und gefiltert durch die Bundesregierung – über die Probleme Berlins informieren, und er fand wohlwollendes Entgegenkommen.<sup>167</sup> Darüber hinaus verfolgte Brandt die eigenständige Politik des Generals gegenüber dem Ostblock mit kritischer, aber auch neugieriger Aufmerksamkeit. Viele Sozialdemokraten lehnten sie zwar strikt ab. Willy Brandt ging aber nur auf Distanz, soweit de Gaulle die Bindung Westeuropas an die Politik der USA infrage stellte. Er bewunderte zugleich die Konsequenz, mit der der Staatschef der Fünften Republik den Spielraum Frankreichs

für die Vertretung eigener nationaler Interessen zu erweitern verstand.

Natürlich war sich Brandt als Regierender Bürgermeister stets bewusst, dass die USA als Schutzmacht für Westberlin ungleich wichtiger waren als Frankreich. Deshalb unterstützte er, wie die SPD insgesamt, die Bemühungen maßgeblicher CDU-Politiker, an ihrer Spitze Bundesaußenminister Gerhard Schröder, dem deutsch-französischen „Élyséevertrag“ vom 22. Januar 1963 durch eine betont „atlantische“ Präambel die spezifisch gaullistische, also anti-angelsächsische Spitze zu nehmen. Der Vertrag hatte in Washington große Besorgnis ausgelöst. Man befürchtete eine deutsch-französische Allianz außerhalb der NATO und eine geheime Zusammenarbeit von Bonn und Paris in der Frage einer atomaren Bewaffnung. Die Kennedy-Administration setzte die Bundesregierung unter Druck und drohte dabei sogar mehrfach mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland.<sup>168</sup> Angesichts dieses Konflikts brachte Egon Bahr, der Pressechef des Berliner Senats und Brandts politischer Berater, die Interessenlage der Bundesrepublik in einem Vermerk auf die Formel: „Alles, was die deutsch-französische Freundschaft vertieft, ist gut. Alles, was das deutsch-amerikanische Verhältnis vertieft, ist besser. Wir müssen uns über die Rangfolge im klaren sein, selbst wenn wir hoffen, nicht vor die Alternative einer Wahl gestellt zu werden.“<sup>169</sup>

Nicht nur in diesem Streit leistete Willy Brandt einen wichtigen Beitrag, die deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder zu verbessern. Indem er in den Reflexionen nach dem Mauerbau den Begriff der „Koexistenz“, dem Brandt schon in den fünfziger Jahren positive Seiten abgewonnen hatte, wieder in den Vordergrund rückte, fand er sich in großer Übereinstimmung mit ähnlichen Überlegungen des amerikanischen Präsidenten. „Koexistenz zwischen Ost und West“ war das beherrschende Thema in Brandts Vorlesungen an der Harvard-Universität am 2. und 3. Oktober 1962, in denen er sein Konzept für eine realistische Politik gegenüber dem „Ostblock“ darlegte.<sup>170</sup>

Diese Ideen erhielten nach dem glücklichen Ausgang der Kuba-Krise, in deren Verlauf die Welt im Oktober 1962 am Rande eines

Nuklearkrieges gestanden hatte, weiteren Auftrieb. Präsident Kennedy war fest entschlossen, das amerikanisch-sowjetische Verhältnis zu entspannen, um das Risiko eines beide Seiten vernichtenden atomaren Krieges zu verringern. In seiner Rede vom 10. Juni 1963 vor der American University in Washington entwarf er eine „Strategie des Friedens“. Zwischen den beiden Großmächten gebe es nicht nur Gegensätze, sondern auch Gemeinsamkeiten. Gemeinsam sei den Menschen in beiden Staaten vor allem die Abscheu vor dem Krieg. Wenn die Differenzen zwischen den USA und der Sowjetunion auch nicht so schnell überwunden werden könnten, so sei es doch möglich, die Unterschiede in beiden Gesellschaftssystemen auszuhalten.<sup>171</sup> Die Rede Kennedys wurde zum „Signal der Zeitenwende“.<sup>172</sup>

Der Regierende Bürgermeister von Berlin unterstützte die entspannungspolitischen Vorstellungen von Präsident Kennedy und genoss dadurch das Vertrauen der amerikanischen Administration. Das zeigte sich insbesondere während der Deutschlandreise des Präsidenten, deren viel umjubelter und beeindruckend inszenierter Höhepunkt der Besuch John F. Kennedys am 26. Juni 1963 in Berlin war.<sup>173</sup> Sein gewaltsamer Tod am 22. November 1963 erschütterte Brandt und die Berliner tief.<sup>174</sup>

In einer Rede in der Evangelischen Akademie in Tutzing am 15. Juli 1963 hatte Willy Brandt bewusst an die Friedensrede Kennedys und an seine eigenen Vorlesungen in Harvard angeknüpft.<sup>175</sup> Sein Auftritt war schon im Frühjahr 1963 einschließlich des Vortragsthemas, „Denk ich an Deutschland . . .“, zwischen Egon Bahr und dem Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie vereinbart worden. Der Pressechef des Berliner Senats sollte mit seinem Diskussionsbeitrag einige Akzente der vorhergehenden Rede Brandts besonders herausstellen.<sup>176</sup> Da sich die Anreise des Regierenden Bürgermeisters aber verzögerte, sprach Bahr als erster, was Brandt später mit einem weinenden und einem lachenden Auge sah und mit den Worten kommentierte: „Er [. . .] stahl mir, wie das so gehen kann, die Schau. Zum Ausgleich zog er einen Teil der mir zugedachten Kritik auf sich.“<sup>177</sup> Bahr hatte bei dieser Gelegenheit erstmals seine alsbald leidenschaftlich umstrittene Parole ausgege-

ben, im Umgang mit der DDR auf „Wandel durch Annäherung“ zu setzen. Beide Reden lösten große öffentliche Resonanz aus. Die Berliner CDU sah darin „Aufweichungstendenzen“ der Senatspolitik. Auch von der Bundesregierung kam Kritik, besonders wegen der „fragwürdigen“ Thesen Bahrs, gerade weil sie eine „Ausfüllung“ der Rede des Regierenden Bürgermeisters gewesen seien. Überraschender für Brandt waren allerdings Vorbehalte aus den Reihen der Berliner SPD. Er musste wegen der Veröffentlichung der Rede Bahrs als Pressemitteilung des Senats einige Pannen eingestehen, in der Sache bekannte Brandt sich aber zu seinem Pressechef. Er sei damit einverstanden gewesen, dass „diese Gedanken zur Diskussion gestellt würden. Sie sollten in den richtigen Rahmen eingeordnet und weder durch Hysterie noch durch mangelndes Selbstbewußtsein untergebuttert werden.“<sup>178</sup>

Die Rede Brandts war durch die Kritik, die Bahrs Thesen fanden, etwas aus der Schusslinie geraten und wurde auch später in ihrer Bedeutung unterschätzt.<sup>179</sup> Dabei war sie trotz eines umfänglichen innenpolitischen Teils vor allem der wohlüberlegte Entwurf einer langfristig gedachten deutschland- und ostpolitischen Konzeption, der die Wandlungen in der Weltpolitik und die beginnende internationale Entspannung seit dem Ende der Kuba-Krise im Herbst 1962 einbezog. Die Tutzinger Rede war eine Art Scharnier zwischen Brandts Vorlesungen in Harvard vom Oktober 1962, die im Frühjahr 1963 in Buchform veröffentlicht wurden, und der Mitte 1964 von ihm verfassten Ausarbeitung „Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Völkern“. Der Regierende Bürgermeister zitierte in Tutzing nicht nur längere Passagen aus seinen Harvard-Vorlesungen, sondern berief sich auch auf seine Überlegungen vom Herbst 1960.<sup>180</sup> Es war für Brandt selbstverständlich, dass in einer deutschen Europa-Politik auch eine neue Ostpolitik ihren Platz haben müsse, und er wandte sich deshalb vehement gegen die bislang geübte Praxis, zu jedem Vorschlag aus dem Osten erst einmal Nein zu sagen, „weil er aus dem Osten kommt“. In erster Linie aber plädierte er für „neue Wege zur Lösung der deutschen Frage“. Eine solche Lösung sei nur mit der Sowjetunion zu finden, nicht gegen sie.<sup>181</sup>

Zur gleichen Zeit versuchte Willy Brandt in Berlin, einen kleinen Schritt auf dem langen Weg zur Lösung der deutschen Frage voranzukommen. Erstmals hatte er im Januar 1962 in einem Gespräch mit Journalisten seine Bereitschaft erklärt, mit Behörden der DDR ohne Vorbedingungen zu reden, um „zumindest einen begrenzten kontrollierten Personenverkehr“ zwischen West- und Ostberlin wieder möglich zu machen. Diese Ankündigung war 1962 anders als 1958 nicht als ein Versuchsballon gedacht. Der Regierende Bürgermeister machte nun auch öffentlich immer wieder deutlich, dass es nicht ausreichte, immer nur die Beseitigung der Mauer zu fordern. Wenn die Mauer nicht aus der Welt zu schaffen sei, müsse man darüber reden, wie sie „transparenter“ werden könne.<sup>182</sup>

Dennoch dauerte es noch fast zwei Jahre, bis diese Bemühungen Erfolg zeitigten. Seit Herbst 1962 hatte die Regierung der DDR ihre Angebote zu Gesprächen mit dem Berliner Senat öfter wiederholt. Nach mehrfachen Konsultationen mit der Bundesregierung, die große Vorbehalte gegen eine Übereinkunft mit der DDR hatte, kam es schließlich im Dezember 1963 zu mehrtägigen Verhandlungen zwischen Unterhändlern des Berliner Senats und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und seinen Beauftragten. Sie führten am 17. Dezember 1963 zur Protokollierung der ersten „Passierscheinregelung“, die zunächst nur für wenige Tage Westberlinern den Besuch in Ostberlin möglich machte. Mehrfach hatten die Gespräche zu scheitern gedroht. Erst nachdem beide Seiten festgestellt hatten, dass eine „Einigung über gemeinsame Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt“ werden konnte – eine Formel, die Vorbild auch für spätere Gespräche mit der DDR werden sollte –, stand einer Unterzeichnung nichts mehr im Weg.<sup>183</sup>

Die tagespolitische Wirkung in Berlin war überwältigend. Zwischen dem 19. Dezember 1963 und dem 5. Januar 1964 konnten die Westberliner erstmals nach dem Mauerbau wieder ihre näheren Verwandten im Ostsektor besuchen. Dies führte in den zweieinhalb Wochen zu ca. 1,2 Millionen Besuchen. Bei der Mehrheit der Berliner Bevölkerung fand der Regierende Bürgermeister deshalb für die mit viel Geduld geführten Verhandlungen große Zustimmung. Das Er-

gebnis bedeutete für die Berliner zunächst vor allem eine reale Verbesserung ihrer Lebenssituation; als „Vorstufe“ einer neuen Politik wurde die Passierscheinregelung noch nicht empfunden. Für Brandt war im Rückblick klar, dass seine Politik der „kleinen Schritte“ der Beginn eines langen Weges war, der im Jahre 1990 sein Ziel erreicht hatte. Seine im Jahre 1990 niedergeschriebene „Wertung der Prozesse, die zu '89 folgende führten“, trug den Arbeitstitel: „Von den kleinen Schritten zum großen Umbruch“.<sup>184</sup>

Das erste Passierscheinabkommen war freilich eine Gratwanderung auf dem Weg zu einer flexibleren Politik gegenüber der DDR und wurde in den Medien zutreffend als eine „vertragsähnliche Vereinbarung“ zwischen dem Senat von Berlin und der Regierung der DDR charakterisiert. Das war politisch brisant. Brandt versuchte deswegen, die politische Bedeutung der Vereinbarung herunterzuspielen. Die Form und die Ergebnisse der Verhandlungen seien keine „neue Politik“ gegenüber Ostberlin. Der Berliner Senat habe mit ausdrücklicher Billigung der Bundesregierung und der Westalliierten den unmenschlichen Auswirkungen der Mauer „in vertretbarer verantwortbarer Form“ entgegengewirkt, betonte er.<sup>185</sup>

Aber Willy Brandt hatte erreicht, was seit 1961 erklärtes Ziel seiner Politik gewesen war. Die Mauer war, wenn auch nur für wenige Tage und nur in einer Richtung, „durchlässig“ geworden. Damit hatte der Regierende Bürgermeister nach Meinung der Medien eine „Schlüsselstellung in der weiteren Entwicklung der Berlin- und Deutschlandfrage“ gewonnen, mochte er auch noch so oft wiederholen, dass er in dieser Frage „keinen Ehrgeiz“ habe. Er versäumte indessen nicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es in der Deutschlandpolitik möglich sei, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. Das beweise die Passierscheinregelung. Niemandem sei damit gedient, dass „wir uns wohlfühlen in den Schützengräben des Redenkrieges der vergangenen Jahre“.<sup>186</sup> Dieser Satz Brandts vom Dezember 1963 wurde in den folgenden Jahren zur Richtschnur für seine programmatischen Überlegungen wie auch für seine praktische Politik in Berlin.

Die Bundesregierung, an erster Stelle der im Oktober 1963 neu ins Amt gekommene Bundeskanzler Ludwig Erhard, lehnte es ab, in der Passierscheinvereinbarung von 1963 und in den nachfolgenden immer wieder stockenden Verhandlungen ein Beispiel für weitere politische Kontakte mit der DDR zu sehen. Aus der Sicht Erhards ging es nur um menschliche Erleichterungen, nicht um eine politische Vereinbarung mit dem „Sklavenhalter Ulbricht“ oder gar um einen „Wandel durch Annäherung“. Die Gespräche über Passierscheine dürfe man nicht mit den amerikanischen Bemühungen verwechseln, eine Politik der Entspannung einzuleiten.<sup>187</sup> Gerade darum aber war es Brandt gegangen, als er im Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing die „kleinen Schritte“ in Berlin in einen größeren politischen Zusammenhang gestellt hatte.<sup>188</sup>

Trotz hartnäckiger Widerstände verfolgte Willy Brandt seinen Ansatz für eine eigenständige deutsche Außenpolitik weiter, was sich überraschenderweise auch in seiner Einstellung gegenüber dem französischen Präsidenten de Gaulle und gegenüber dem Gaullismus zeigen sollte. Eine Änderung seiner Haltung gegenüber dem General hatte sich schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre abgezeichnet. Brandt hatte zwar zunächst die Vorbehalte seiner Parteifreunde gegen de Gaulle geteilt. Er sah aber bereits im Jahre 1963 die gaullistische Politik differenzierter als etwa der amerikanische Präsident, der sich während seines Besuches in Deutschland im Juni 1963 im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister sehr kritisch über den französischen Präsidenten äußerte. Brandt machte dabei Kennedy auf die Existenz eines „fortschrittlich-gaullistischen Lagers“ aufmerksam, das für eine „gewisse Mitwirkung“ in der Europapolitik gewonnen werden könnte.<sup>189</sup> Seine Aufsehen erregende New Yorker Rede vom 15. Mai 1964, in der die deutsche Presse eine Zustimmung Brandts zur Außenpolitik de Gaulles zu erkennen glaubte, und die Rede über „Grundgedanken deutscher Außenpolitik“ vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bad Godesberg, die einen Monat später der Klarstellung dienen sollte, sind weitere Belege für die Bemühungen um eine eigenständige Politik.<sup>190</sup>

Der Regierende Bürgermeister, der im Februar 1964 auch zum Parteivorsitzenden der SPD gewählt worden war, verwies auf die Politik de Gaulles, um deutsche Politiker auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, Spielräume für außen- und deutschlandpolitische Vorstellungen zu erweitern und zu nutzen. Er mokierte sich zunächst über die Art und Weise, wie man in Deutschland über de Gaulle spreche: Man müsse entweder für ihn oder gegen ihn sein. Er, Brandt, empfinde große Hochachtung gegenüber de Gaulle, was ihn aber nicht daran hindere, die Haltung des Generals gegenüber der europäischen Einigung, der NATO und den USA zu kritisieren. Darüber hinaus konstatierte er die „politische Bewegungsfreiheit“, die de Gaulle infolge des atomaren Patts der Weltmächte erkannt habe und nutze, und er fragte wie schon in New York: „Warum eigentlich nur er?“ Die deutsche Außenpolitik erwecke mit ihrer zum Prinzip erklärten Bewegungslosigkeit den Anschein, als habe Deutschland keine eigenen Interessen.

Brandt wiederholte seine Frage, warum nur de Gaulle vorhandene Spielräume nutze, immer wieder, gerade weil, wie er im Rückblick schrieb, dieser Sachverhalt „nicht nur auf ignorante Kritik, sondern auch auf besorgte Fragen, selbst unter engeren politischen Freunden“, stieß. Über zwanzig Jahre später erläuterte er die politische Absicht, die er mit seinen beiden Reden in New York und in Bad Godesberg verfolgt hatte: „Damit bezog ich eine nuancierte Haltung zwischen den beiden Lagern der ‚Atlantiker‘ und ‚Europäer‘, in die sich die Bonner Meinungen spalteten. Nach meiner Einsicht war diese Konfrontation wirklichkeitsfremd und doktrinär.“<sup>191</sup> Das Beispiel de Gaulles half Brandt, seine außenpolitischen Vorstellungen gegebenenfalls auch im Dissens zu den USA zu formulieren und dennoch Atlantiker zu bleiben.

Diese Erfahrung ermunterte ihn auch, seine Überlegungen über eine neue Ostpolitik konkreter auszuformulieren und in einer längeren Aufzeichnung mit dem Titel „Über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Völkern“ zusammenzufassen.<sup>192</sup> Im Mai 1964 war der neue SPD-Vorsitzende in den USA – nach einem Meinungsaustausch mit Präsident Johnson – mit dem amerikanischen

Außenminister Dean Rusk zusammengetroffen. Rusk hatte Brandts Anmerkungen über Osteuropa mit großem Interesse aufgenommen und ihn gebeten, sie aufzuzeichnen und ihm zuzusenden.

Mitte Juli 1964 legte Egon Bahr einen ersten Entwurf vor. Nach Überarbeitungen schickte Willy Brandt die erweiterte Fassung des Papiers an wenige politische Freunde, so an Fritz Erler und Herbert Wehner, und bat um eine kritische Lektüre. Ausgangspunkt für seine Überlegungen war die Frage, wie westeuropäische Politiker reagieren sollten, wenn die osteuropäischen Staaten einmal nicht mehr „bloße Satelliten der Sowjetunion“ seien. Brandt sah vor allem Möglichkeiten, die wirtschaftspolitischen, noch mehr aber die kulturellen Beziehungen auszubauen. Die DDR stelle zwar wegen der „politischen Nichtanerkennung“ ein besonderes Problem dar, gerade deshalb besitze sie, die „Zone“, bei den angestrebten intensiven Beziehungen zwischen Ost und West jedoch eine besondere Bedeutung. Um Schwierigkeiten zu umgehen, sollten direkte Kontakte der Bundesregierung oder des Berliner Senats zur DDR-Regierung vermieden werden. Wirtschaftsgespräche sollten Firmen oder Firmengemeinschaften führen. Den Kulturaustausch sollten Kulturorganisationen im Auftrage staatlicher Stellen vorbereiten.

Die Passagen über die Möglichkeit der Einbeziehung der DDR wurden insbesondere von Herbert Wehner beeinflusst, der in seiner Stellungnahme kritisch angemerkt hatte, dass „eine intensivere Kommunikation zwischen west- und osteuropäischen Völkern an der Zone nicht einfach vorbeigehen kann und wird“. Dieser Aspekt einer besonderen Ostpolitik, die die DDR einschlieÙe, dürfe nicht fehlen. Die Vorschläge Wehners wurden schließlich von Brandt wörtlich in die Endfassung des Memorandums übernommen.<sup>193</sup>

Die überarbeitete und erweiterte Aufzeichnung schickte der SPD-Vorsitzende wie versprochen im August 1964 an den amerikanischen Außenminister. Zuvor schon hatte er sie an die Mitglieder des Präsidiums der SPD und an zahlreiche politische Freunde im In- und Ausland versandt.<sup>194</sup> Sie war vertraulich, von einer Geheimhaltung aber konnte keine Rede sein. CDU/CSU und auch die FDP äußerten sich empört. Der „geheime“ Charakter der Ausarbeitung solle ver-

bergen, dass der Regierende Bürgermeister ein weiteres Mal einen „außenpolitischen Alleingang“ unternommen habe. Um „einseitigen Darstellungen oder böswilligen Verzerrungen vorzubeugen“, ließ Willy Brandt seine Aufzeichnung vom August 1964 im Januar 1965 veröffentlichen.<sup>195</sup>

Die Reflexionen Brandts, die sich seit 1962 in Reden und Memoranden niederschlugen, waren immer die Quintessenz seiner praktischen Politik in und für Berlin. Es ging ihm stets um eine langfristige Perspektive für die Sicherheit der von ihm regierten Stadt – eine Perspektive, die nur eine Chance hatte, wenn sie eingebettet war in die Konzeption einer neuen Deutschland- und Ostpolitik.

Das verdeutlichen nicht zuletzt die zunächst mehrfach gescheiterten, später teilweise sogar ohne Vorinformation der Bundesregierung zustande gekommenen Begegnungen Brandts mit Vertretern der Sowjetunion. Nachdem schon im März 1959 eine Begegnung mit Chruschtschow gescheitert war<sup>196</sup>, schlug auch im Januar 1963 der Plan eines Treffens fehl.<sup>197</sup> Der sowjetische Ministerpräsident hatte auch nach dem Mauerbau nicht mit wenig diplomatischen Vorwürfen gespart: Brandt halte „brandstifterische Reden“ in Berlin und werde von der Bundesregierung zu diesen neuen „Abenteuern“ auch noch ermuntert.<sup>198</sup> Dennoch war Chruschtschow zu Beginn des Jahres 1963 erneut zu einem Gespräch in Ostberlin mit dem Regierenden Bürgermeister bereit, der auch gerne dorthin gefahren wäre. Sein Koalitionspartner CDU hielt ihn aber von einem Treffen ab.<sup>199</sup>

Die politische Großwetterlage war zu dieser Zeit für wagemutige Experimente von Westberliner Politikern noch nicht günstig. Nur drei Jahre später hatte sich das Klima jedoch verändert, und der Spielraum für den Regierenden Bürgermeister war größer geworden. Bereits seit Ende 1962 waren eindeutige Signale aus Ostberlin gekommen, dass der dortige sowjetische Botschafter „Wert auf eine Unterhaltung mit Brandt“ lege.<sup>200</sup> 1966 traf sich Willy Brandt erstmals mit Moskaus Botschafter in der Bundesrepublik, Smirnow<sup>201</sup>, und, politisch brisanter, mehrfach sogar mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Abrassimow.<sup>202</sup> Als Brandt mit seiner Frau Rut am 12. Oktober 1966 auf Einladung Abrassimows zu einem Abend-

essen in die Botschaft Unter den Linden fuhr, war dies zugleich das erste Wiedersehen mit Ostberlin seit 1960. Die Bundesregierung hatte nichts gegen die Begegnungen einzuwenden, beklagte freilich, dass sie nicht vorher informiert worden sei. Das letzte Treffen mit Botschafter Abrassimow fand am 22. November 1966 statt, wenige Tage bevor die Große Koalition gebildet wurde und Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister nach Bonn wechselte, um seine konzeptionellen Überlegungen für eine neue Ost- und Deutschlandpolitik auf einer größeren Bühne umzusetzen.

#### *Innenpolitische Herausforderungen und Erfolge in Berlin 1961 bis 1966*

Der Mauerbau stellte für Brandt in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur dar. Der Bundestagswahlkampf 1961 hatte von Anfang an im Zeichen der Massenflucht aus der DDR gestanden. Der Beginn der Absperrmaßnahmen am 13. August machte den Urnengang zu einer Wahl unter anomalen Bedingungen. Der Kanzlerkandidat der SPD brach seine Wahlkampfreise sofort ab. Dass Adenauer Berlin erst am 22. August 1961, neun Tage nach dem Mauerbau und einen Tag nach der Abreise des amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson, besuchte, beeinträchtigte jedoch die Wahlchancen der CDU kaum. Trotz deutlicher Stimmengewinne für die SPD (+ 4,4 Prozentpunkte) war deshalb das Ergebnis der Bundestagswahl vom 17. September 1961 vor allem für die Sozialdemokraten und ihren Spitzenkandidaten Brandt enttäuschend.

Während des Wahlkampfes hatten sich CDU und CSU wieder viele der umlaufenden Verleumdungen gegen Brandt zu eigen gemacht, um den Kanzlerkandidaten der SPD persönlich zu treffen. Adenauer spielte kurz nach dem 13. August 1961 auf Brandts nicht-eheliche Geburt an und sprach von „Herrn Brandt alias Frahm“, der als Kanzler Deutschland den Russen ausliefern wolle.<sup>203</sup> Die diffamierenden Bemerkungen waren kein dem Wahlkampf geschuldeter „Ausrutscher“; sie waren Teil einer wohlüberlegten und seit längerem geplanten Kampagne der Unionsparteien, da der Kanzlerkandidat der SPD in Umfragen gegenüber dem damals 84-jährigen Kanz-

ler sehr erfolgreich abgeschnitten hatte. Bereits im Mai 1960 hatte das Meinungsforschungsinstitut Allensbach Bundesbürger befragt, wen sie zum Bundeskanzler wählen würden, wenn sie die Wahl zwischen Adenauer und Brandt hätten. Für Adenauer sprachen sich 28 %, für Brandt 40 % aus. Im direkten Vergleich mit Bundeswirtschaftsminister Erhard hatte der Regierende Bürgermeister noch mehr Zustimmung gefunden (Brandt 43 %; Erhard 26 %). Adenauer zitierte das Ergebnis dieser Umfragen in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 6. Juli 1960 und knüpfte daran im engen Kreis seiner Parteifreunde ähnliche diffamierende Auslassungen, wie er sie ein Jahr später öffentlich wiederholte: Die Umfrage beweise „die ganze Dummheit des deutschen Volkes, über die man erschüttert sein müsse“. Brandt „könne nur repräsentieren und Reden halten, aber ob er arbeiten könne, das habe er noch nicht gezeigt“. Außerdem heiÙe Brandt „ja in Wirklichkeit Frahm“, sei „norwegischer Soldat geworden“ und habe gegen deutsche Soldaten gekämpft. „Man müsse sich jetzt überlegen, was zur Aufklärung über Brandt zu geschehen habe.“<sup>204</sup> Mit der Wahlkampfreden des Bundeskanzlers am 14. August 1961 in Regensburg erreichten die Diffamierungskampagnen der Union ihren Höhepunkt. Brandt war so empört, dass er eine wegen des Mauerbaus einberufene Sondersitzung des Berliner Senats abbrach. In einer Presseerklärung verwahrte er sich gegen den „niedrigen Stil“ und gegen die „Würdelosigkeit der Angriffe des Herrn Bundeskanzler“, versprach aber, sich trotz dieser „Infamie“ so zu verhalten, „wie es dem Notstand unseres Volkes entspricht“.<sup>205</sup>

Auch Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß machte die Emigration zum Thema und fragte in Wahlversammlungen scheinheilig, was denn Herr Brandt zwölf Jahre im Ausland getrieben habe. Brandt zögerte allerdings, dem politischen Gegner CDU und CSU mit gleicher Münze zurückzuzahlen. Er entschuldigte sich in einem Schreiben an Strauß sogar dafür, dass er ihn falsch zitiert habe. Zwar wusste Brandt, dass das gesprochene oft genug vom veröffentlichten Wort einer Strauß-Rede abwich, dennoch versicherte er dem Vorsitzenden der CSU, er hätte bei Kenntnis des richtigen Wortlauts die Rede nicht kritisiert. Er begrüÙte sogar, dass sich Strauß „ent-

schieden gegen einen Schmutzkampf in der Politik und gegen persönliche Herabsetzungen“ gewandt habe. Brandt und seinen Mitarbeitern war es nicht leicht gefallen, das „Entschuldigungsschreiben“ zu formulieren, wovon viele Entwürfe zeugen. Aber der Kanzlerkandidat Brandt wollte offenbar – selbst im Wahlkampf – den politischen Gegner mit Samthandschuhen anfassen, um sich die Chancen für eine künftige Regierungsbeteiligung der SPD nicht zu verbauen.<sup>206</sup>

Die Angriffe gegen seine Person stießen zwar im Ausland auf wenig Verständnis, erfüllten aber, wie die Wahlergebnisse zeigten, immer noch ihren innenpolitischen Zweck. Willy Brandt zumindest meinte rückblickend, dass sowohl die „Schmutzflut von Verdächtigungen und Verleumdungen“ im Wahlkampf 1961 wie auch später die „Dreckkampagne“ im Wahlkampf 1965 „eine bedrückend große Rolle gespielt hat“.<sup>207</sup>

Nach der Wahl 1961 sprach Brandt erstmals davon, und 1965 wiederholte er es, dass er sich künftig noch mehr um Berlin kümmern und sich auf seine Aufgaben als Regierender Bürgermeister konzentrieren werde. Durch seine Haltung in den Tagen und Wochen nach dem 13. August 1961 war sein Ansehen in der Stadt weiter gewachsen.<sup>208</sup> In der Berliner SPD war Willy Brandt nun in der Rolle des zwar noch nicht unumstrittenen, aber in seiner Machtausübung nicht mehr behinderten Parteiführers. Die in Berlin mitregierende CDU beeinflusste die Landespolitik kaum noch, und wenn sie es versuchte, dann mit für sie fatalen Folgen. Besonders deutlich wird dies an den bereits erwähnten Vorgängen um die Einladung Chruschtschows im Januar 1963. Brandt hatte sich bereit erklärt, die Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten zu Gesprächen in Ostberlin anzunehmen. Bürgermeister Franz Amrehn und mit ihm die ganze Berliner CDU drohten daraufhin, die Koalition aufzukündigen. Der Regierende Bürgermeister sagte das fest vereinbarte Treffen in letzter Minute ab. Er fühlte sich erpresst und in der Öffentlichkeit brüskiert.<sup>209</sup> Trotz all seiner Telefonate und Gespräche mit Adenauer über das geplante Treffen vermutete er sogar ein „abgekartetes Spiel zwischen dem Bundeskanzler und der Berliner

CDU“, um mit diesem – wie er annahm – von Bonn aus organisierten Manöver den Spitzenkandidaten der SPD für die bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zu treffen.<sup>210</sup>

Eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU nach den Wahlen im Februar 1963 schien ihm nicht mehr vorstellbar.<sup>211</sup> Die CDU erhielt die Quittung. Ihr Stimmenanteil sank um fast 9 Prozentpunkte. Die SPD konnte mit 61,9 % ihre absolute Mehrheit weiter ausbauen. Da sie weiterhin nicht allein regieren wollten, boten die Sozialdemokraten diesmal der FDP eine Koalition an. Die CDU musste in die Opposition wechseln.

Im Jahre 1964 erreichte Brandts Ansehen in der Stadt einen Höhepunkt. Eine repräsentative Umfrage ergab damals, dass über 89 % der Westberliner mit Willy Brandt und mit seiner Politik in und für Berlin zufrieden waren. Das galt allerdings einmal mehr nicht für alle Mitglieder der Berliner SPD. Bei einigen eckte der Regierende Bürgermeister an, wobei er teilweise deren Widerspruch auch provozierte. So verurteilte er 1962 mit scharfen Worten die Verantwortlichen für den Tod Peter Fechtens, warnte aber später vor einer antikommunistischen „Hysterie“ in der Stadt.<sup>212</sup> Er ließ in öffentlichen Stellungnahmen keinen Zweifel an seiner „Bündnistreue“ zu den USA, nicht einmal in der Frage des Vietnam-Krieges<sup>213</sup>, weigerte sich jedoch – auch öffentlich –, seinen amerika-kritischen Söhnen Peter und Lars Vorschriften zu machen, wie und wo sie sich politisch zu engagieren hätten.<sup>214</sup> Er fand harsche Worte, um antisemitische Schmierereien auch in Berlin zu verurteilen<sup>215</sup>, scheute sich aber nicht, der Tochter von Albert Speer einen Blumenstrauß zu schicken, als Hitlers Rüstungsminister 1966 aus dem alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau freigelassen wurde.<sup>216</sup> Viele Berliner Sozialdemokraten kritisierten in Leserbriefen an Zeitungen und in Parteiversammlungen das Verhalten Brandts. Es gab Parteiaustritte. Willy Brandt nahm die Kritik in Kauf, weil er der nach 1961 in Westberlin wieder stärker ausgeprägten Neigung zum Schwarz-Weiß-Denken nicht nachgeben wollte.

Seine Entscheidung, sich nach der Bundestagswahl 1961 wieder mehr Berlin zu widmen, war zunächst auch Ausdruck einer ge-



*Rut und Willy Brandt mit ihren drei Söhnen Peter, Lars und Matthias bei einem Spaziergang in Berlin-Grünwald am 19. September 1965*

wissen Resignation, die er freilich erstaunlich schnell überwand. Denn wenig später schon entwickelte er, wie beschrieben wurde, die Ansätze einer neuen, über Berlin hinausweisenden Politik. Brandt resignierte auch nicht im Anblick der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme von Westberlin, die sich durch den Mauerbau noch zu verschärfen drohten. Die Westberliner Wirtschaft hatte nach dem Ende der Blockade erst sehr spät begonnen, an der Prosperität in der Bundesrepublik teilzuhaben. Noch zu Beginn der fünfziger Jahre bot Berlin, seiner Funktion als Hauptstadt beraubt, ein „tostloses Bild“. Ende 1954 waren noch fast 20 % aller Erwerbsfähigen in Westberlin arbeitslos. Überraschend war, dass im zeitlichen Zusammenhang mit dem Chruschtschow -Ultimatum vom November 1958 die Berliner Wirtschaft einen bemerkenswerten Aufschwung nahm. Die Wachstumsraten waren größer als in der Bundesrepublik, und die Zahl der Arbeitslosen nahm immer mehr ab. Der Bau der Mauer unterbrach diese Entwicklung. Eine

Abwanderungswelle aus Berlin kündigte sich an. Der Mangel an Arbeitskräften war absehbar. Über Nacht blieben mehr als 40 000 so genannte Grenzgänger, die bis zum August 1961 in Ostberlin lebten und in Westberlin arbeiteten, weg; sie mussten wegbleiben. Die Stimmung der Westberliner war schlecht, die Grundstückspreise sanken nach dem Mauerbau ins Bodenlose.<sup>217</sup>

Doch Westberlin wurde nach 1961 nicht zu einer „schwerkranken“ Stadt, wie die Sowjetunion und die DDR gehofft und Brandt sowie mit ihm auch viele Berliner zunächst befürchtet hatten. Die Koordinaten der Berlin-Politik waren für Willy Brandt eindeutig. Der Regierende Bürgermeister musste versuchen, die Auswirkungen des 13. August zu überwinden; er musste dem Pessimismus westdeutscher Politiker, Berlin sei „nicht zu halten“, ebenso entgegenreten wie der auf die Auszehrung Westberlins angelegten Politik der Sowjetunion und der DDR.

Der Berliner Senat entwarf ein abgestuftes Programm, das Brandt freilich oft variierte und mit massiver finanzieller Unterstützung des Bundes in die Tat umsetzte. Es reichte von einer großzügigen Wohnungsbau- und Verkehrsplanung über ein Bündel von Steuererleichterungen für Unternehmer und Arbeitnehmer als Anreiz zur Ansiedlung in der Stadt bis hin zu „Zitterprämien“ für junge Ehepaare. Willy Brandt war daher schon 1962 zuversichtlich, dass der Erfolg nicht ausbleiben werde.<sup>218</sup>

Eine sehr glückliche Hand bewies er bei der Auswahl von Politikern, die ihm über ihre Ressortaufgaben hinaus halfen, seine Berlin-Politik zu planen und zu verwirklichen. Der Senator für Wirtschaft Karl Schiller, die Senatoren für Wissenschaft und Kunst Adolf Arndt und Werner Stein und der Senator für Schulwesen Carl-Heinz Evers waren bundesweit bekannte Politiker mit scharfem persönlichen Profil.

Als Brandt Ende 1966 den Stuhl des Regierenden Bürgermeisters mit dem des Außenministers der Großen Koalition tauschte, konnte er eine positive Bilanz ziehen. Die im August 1961 beschworene Gefahr des „Verdorrens“ der Teilstadt bestand nicht mehr. Die Bevölkerungszahl war wegen des Zuzugs von Arbeitnehmern und Studenten

aus der Bundesrepublik und durch die Steigerung der Geburtenrate stabil geblieben. Das Werben um Investitionen für die gewerbliche Wirtschaft war auf ein bemerkenswertes Echo gestoßen, was sich vor allem der sozialdemokratische Wirtschaftssenator Karl Schiller als Verdienst anrechnen konnte. Die Moral der Westberliner war, wie zahlreiche Umfragen zeigten, ungebrochen. Dennoch war Westberlin keine „Großstadt wie jede andere“. Brandt und der Berliner Senat erkannten schon sehr früh einen politischen „Funktionsverlust“ Westberlins als Folge des Mauerbaus. Der Regierende Bürgermeister wollte und musste deshalb über die eng gewordenen Grenzen Westberlins hinausschauen. Die Stadt sollte auch längerfristig überlebensfähig bleiben. Brandt beschwor deshalb die Berlinerinnen und Berliner, „manche Lethargie, manches kleinmütige Zögern, manches dieser Stadt nicht angemessene, nur auf sich selbst bezogene Denken zu überwinden“. Berlin brauche „weit geöffnete Fenster, internationale Gesinnung und die Verbindung mit allen Teilen der Welt“.<sup>219</sup> Berlin zu einer „Kulturmetropole“ und einer europäischen „Drehscheibe“ auch im Ost-West-Handel zu machen schien eine Lösung zu sein.<sup>220</sup>

Aufgrund der Status-Probleme der Stadt waren derartige Visionen aber nicht leicht zu verwirklichen. Immer wieder musste Brandt daran erinnern, dass über diese langfristigen Projektionen die Realitäten nicht vergessen werden durften. Der sowjetische Pianist Swjatoslaw Richter, der im Juli 1964 ohne Visum der Bundesrepublik aus Ostberlin anreisen wollte, durfte in Westberlin nicht auftreten. Kritiker sahen im Auftrittsverbot bürokratische Willkür. Aber, so schrieb Brandt an Nicolas Nabokov, der 1964 im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters für Berlin als eine Art „Kulturbotschafter“ tätig war, die Bindungen zur Bundesrepublik seien von „vitaler Bedeutung“. Der Senat müsse auf sie auch in wenig einleuchtenden Zusammenhängen Rücksicht nehmen.<sup>221</sup>

Die Frage, ob Berlin „eine schwerkranke Stadt“ sei, konnte 1966 gleichwohl mit guten Argumenten verneint werden. Auch kritische Beobachter der Berliner Politik zögerten damals nicht, Berlin die „modernste und kulturell aktivste Großstadt Deutsch-

lands“ zu nennen.<sup>222</sup> Aber Berlin blieb geteilt, und keine noch so einfallreiche Berlin-Politik und keine noch so großzügige Bundeshilfe konnten die Teilung aufheben. Eine Lösung des Berlin-Problems war langfristig nur möglich als Teil einer gesamtdeutschen Lösung.

#### *Fazit*

Fast zwanzig Jahre lang, von 1947 bis 1966, lebte und arbeitete Willy Brandt in Berlin und für diese Stadt. Sein Bild als politische Persönlichkeit veränderte sich damals mehr als in den Jahren danach. In dieser langen Zeit erarbeitete er sich das Rüstzeug für seine Politik als Außenminister und Bundeskanzler. Die Jahre vor 1966 waren indes keine bloße Vorgeschichte. Die politischen Aufgaben Brandts – Berlin-Beauftragter des Parteivorstandes, Berliner Bundestagsabgeordneter, Chefredakteur des *Berliner Stadtblattes*, Präsident des Abgeordnetenhauses, Regierender Bürgermeister von Berlin und Landesvorsitzender der SPD – forderten den ganzen Mann. Er zeigte sich den großen Herausforderungen gewachsen, die vor allem die Berlin-Krise und der Mauerbau an ihn stellten. Er meisterte sie in den Augen der Öffentlichkeit mit Tatkraft, Mut und Besonnenheit. Das machte ihn über Berlin hinaus bekannt und populär.

Willy Brandt wollte und konnte in Berlin von Anfang an nicht nur Kommunalpolitik machen. Sein Interesse galt, gerade weil er sich um die Freiheit Berlins sorgte, auch deutschlandpolitischen und außenpolitischen Fragen. „Berlin bleibt frei“ hieß in Wirklichkeit: Westberlin soll frei bleiben. Mit dieser Einschränkung ist eine Crux der Ost- und Deutschlandpolitik benannt, die die Politik Brandts für Berlin seit 1947/48 bestimmen sollte: Der aus den alliierten Übereinkünften herrührende Status der Vier-Mächte-Stadt Berlin war nur die eine Seite der Medaille, die Realität der Drei-Mächte-Stadt Westberlin mit den stets gefährdeten Zugangswegen von und nach der Bundesrepublik war die andere. Es galt darüber hinaus, zwischen Bundes- und Landespartei, zwischen Bundes- und

Landespolitik und zwischen den Interessen von vier Alliierten einen politischen Weg zu finden, der nicht nur Deklamation war, sondern reale Aussicht hatte, ans Ziel zu führen. Berlin galt seit 1948 als die „Achillesferse des Westens“.<sup>223</sup> Darin lag allerdings für einen Berliner Politiker auch eine Chance, denn die Westalliierten konnten Berlin nicht aufgeben. Brandt versuchte, diese Chance zu nutzen.

Politik in und für Berlin zu machen, war für Willy Brandt nie einfach. In der Berliner Sozialdemokratie war der Rückkehrer aus dem Exil willkommen. Als er jedoch den Anspruch erhob, an verantwortlicher Stelle mitzusprechen, lagen viele Steine auf seinem Weg, die er wegzuräumen hatte, um schließlich 1958 zum Landesvorsitzenden der Berliner SPD gewählt zu werden.

Vom ersten bis zum letzten Tag seiner politischen Arbeit in Berlin musste sich Brandt mit persönlichen Denunziationen und Diffamierungen auseinandersetzen. Immer wieder unternahmen Gegner den Versuch, seine politische Karriere zu verhindern, zumindest aber zu behindern. Die Denunziationen hatten schon im Exil begonnen, und sie hörten auch nach seinem Tode nicht auf.<sup>224</sup> In der Berliner Zeit kulminierten die Angriffe gegen Brandt in beispielloser Weise. Sie speisten sich aus den verschiedensten Quellen, hatten die unterschiedlichsten politischen Gegner als Urheber und wiesen dennoch ähnliche Muster auf. Die Verleumdungen betrafen, meist ineinander verwoben, sein persönliches Leben und seine politische Haltung. Die Stichworte lauteten in einer Auflistung des Senatspressechefs Egon Bahr aus dem Jahre 1961: „Herkunft, Scheidung der ersten Ehe, Namenswechsel, Gerüchte über Lebensstil“ und „Linksradikalismus in der Jugend, Emigration, mögliche Volksfront-Neigung, spanischer Bürgerkrieg, norwegischer Widerstand“. Hinzu kam der Vorwurf, Brandt habe für die verschiedensten Geheimdienste in Ost und West gearbeitet. Viele seiner Weggefährten und er selbst sahen in den Anwürfen nur einen Sinn: Die denunziatorischen Angriffe sollten Brandt „fertigmachen“, und jede Form der Verleumdung war recht.<sup>225</sup>

Willy Brandt setzte sich auf verschiedenste Weise, nicht zuletzt gerichtlich, zur Wehr. Oft schwieg er auch zu den Anwürfen. Seine Zeit im Exil aber ließ er nie in den Schmutz ziehen. Mehr als einmal erklärte er, dass er stolz sei auf seine „Teilnahme am Widerstand gegen das Hitler-Regime in Deutschland und auch in Norwegen, das mir zur zweiten Heimat geworden war“.<sup>226</sup>

Schwerer wogen für Brandt die Diffamierungen seiner Person, wenn offenbar war, dass sie aus der eigenen Partei kamen. Sie waren nicht leicht zu greifen, noch weniger waren sie zu begreifen. Egon Bahr erklärt es sich im Rückblick damit, dass Brandt bei nicht wenigen Berliner Sozialdemokraten der fünfziger Jahre ein „persönliches Unbehagen“ ausgelöst hatte, das die Bereitschaft zur Kolportage von Gerüchten erleichterte. Brandt war der von der Westberliner Presse hochgelobte, „strahlende“, aber auch ein wenig „schillernde“ Politiker, der nicht so recht in die eher „kleinbürgerliche Partei“ der Berliner Nachkriegszeit zu passen schien.<sup>227</sup> Die aus den Diffamierungen resultierenden Blessuren erklären auch seine wachsende Unduldsamkeit gegenüber Kritikern in der Berliner SPD, auch da, wo es nicht um Diffamierungen ging, sondern um politische Differenzen.

In der Emigration hatte Brandt zum Teil bittere Erfahrungen gemacht, aber auch neue Freunde und neue Einsichten gewonnen. Er war vom sozialen Reformprogramm der norwegischen Arbeiterpartei beeindruckt und hatte sich vom radikalen Linkssozialisten zum – wie er sich selbst charakterisierte – „freiheitlichen Sozialisten und sozialen Demokraten skandinavischer Prägung“ entwickelt. Damit hatte er die dogmatische Enge seiner früheren linkssozialistischen Position überwunden, die ursprünglichen Ziele jedoch nicht vergessen.<sup>228</sup> Als Willy Brandt im Jahre 1982, schon altersweise, seine politischen Anfänge in Lübeck und als Emigrant Revue passieren ließ und unter dem Titel „Links und frei“ veröffentlichte, bedachte er auch, was er aus seiner Zeit im Exil in Norwegen und Schweden für seinen politischen Neuanfang in Berlin mitgebracht hatte. Er schrieb: „In Skandinavien habe ich einiges vom Sinn für die Realitäten, von den Werten einer freiheitli-

chen und sozialen Demokratie und von den Chancen der Welt-offenheit in mich aufgenommen. Dieses waren die Erfahrungen, auf die ich mich stützen konnte, als ich meine Aufgaben in Berlin und in Bonn übernahm.“<sup>229</sup>

Aus seiner Auslandserfahrung resultierte eine Gelassenheit im Umgang mit den Alliierten, eine Gelassenheit, die in der Berliner Sozialdemokratie nicht viele hatten. Er scheute sich nicht, seine Einsichten auch seinen unbeweglichen Genossen zuzumuten. Er zog in der Berliner Landespolitik das Aushandeln von Kompromissen dem Gang in die Opposition vor. Seinen Parteifreunden empfahl er einen anderen Umgang mit dem politischen Gegner.<sup>230</sup> „Am Anfang steht also für uns nicht, wozu wir nein sagen, sondern wozu wir ja sagen.“<sup>231</sup> Dahinter stand sicher auch taktisches Kalkül, zumal Brandt anders agieren konnte, wie die Diskussionen um die Ausschlüsse von Parteimitgliedern zeigen.

Bei dringlichen Entscheidungen mochte Willy Brandt die Dinge nicht übers Knie brechen. Er wollte das Für und Wider abwägen und die „Dinge ausreifen lassen“. Man attestierte ihm deshalb einen Hang zum „Attentismus“. In manchen Situationen, etwa 1957, als er zögerte, gegen den SPD-Landesvorsitzenden Franz Neumann zu kandidieren<sup>232</sup>, oder 1963, als er sich zu entscheiden hatte, in Berlin zu bleiben oder als Oppositionsführer nach Bonn zu gehen<sup>233</sup>, mussten ihn gute Freunde erst drängen, deutlich zu sagen, was er eigentlich wolle. Aber Brandt hatte diese guten Freunde, und er hörte meistens auf ihren Rat. Sein Selbstbewusstsein war spätestens seit 1957 spürbar gewachsen, was ihm half, eine zu Beginn seiner Zeit als Außenminister noch erkennbare „Verkrampfung“ schnell zu überwinden.<sup>234</sup>

Viele Berliner Sozialdemokraten erkannten aufgrund der innerparteilichen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre nicht, dass Brandt schon damals offen war für eine Politik, die er in den sechziger Jahren mit ihrer Unterstützung betrieb. Harry Ristock, ein Gegner aus früheren Tagen und späterer Bewunderer, hat das sehr selbstkritisch zum Ausdruck gebracht. Er habe damals nicht erkannt, dass Brandt historisch der Mann war, „der nach vorne ging“.<sup>235</sup> Für

Brandt und für seine politischen Freunde stellte eine „Politik der kleinen Schritte“ in Berlin schon lange vor 1963 die Alternative zu einer „Politik des Nichtstuns“ dar.

Es bleibt als ein Fazit der vielen Jahre seiner Politik in und für Berlin zwischen 1947 und 1966, was der Außenminister Brandt auf dem Landesparteitag der Berliner SPD im Dezember 1966 in den Worten bündelte, seine Rede sei keine „Abschiedsrede von Berlin“, er habe vielmehr den „Beginn eines neuen Abschnitts der Arbeit für Berlin“ anzukündigen.<sup>236</sup> Egon Bahr formulierte es noch prägnanter: „Was von Berlin aus zu bewegen war, war mit den Passierscheinen ausgereizt. Wer mehr wollte, sogar für die Stadt, musste nach Bonn.“<sup>237</sup> Auch Willy Brandt wusste, dass Berlin politisch zu klein geworden war für das, was er für diese Stadt noch erreichen wollte.

### *Zur Auswahl der Dokumente*

Die Einleitung benennt die wichtigsten Etappen der politischen Biographie Brandts für die Jahre 1947 bis 1966. Die Auswahl der Dokumente folgt dieser Gliederung, wobei die Jahre bis 1957 nur knapp ein Drittel der abgedruckten Dokumente umfassen. Die meisten Dokumente (83 von 118) beziehen sich auf den Zeitraum von 1958 bis 1966. Die Jahre Brandts als Regierender Bürgermeister in Berlin bilden also den Schwerpunkt im Band 3 der Berliner Ausgabe.

Ausgespart bleiben Dokumente, die den Weg Brandts in der SPD als Bundespartei und die Entwicklung seiner programmatischen Vorstellungen nachzeichnen. Sie sind im Band 4 der Berliner Ausgabe zu finden.

Die Zeit zwischen 1947 und 1966 sind vor allem Jahre gewesen, in denen sich Brandt in der Berliner SPD behaupten musste. Die Dokumente zu diesem Aspekt spiegeln die Auseinandersetzungen in der Berliner Partei aus verschiedenen Blickwinkeln. Seine hier auszugsweise abgedruckten Reden auf Berliner Landesparteitagen geben darüber ebenso Auskunft wie, deutlicher in der Wortwahl, Briefe an persönliche Freunde. Die Protokolle der Landesparteitage jener Jahre sind allesamt nicht veröffentlicht und nur als maschinenschriftliche

Tonbandabschriften im Franz-Neumann-Archiv Berlin, im August-Bebel-Institut Berlin und im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zugänglich.

Eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen Quellen gibt Hinweise auf die Veränderung der politischen Persönlichkeit Willy Brandts. Zwar wurden viele dieser Dokumente damals publiziert. Es handelt sich aber vor allem um zahlreiche Artikel, die der gelernte Journalist für heute meist schwer zugängliche Zeitungen und Zeitschriften und für die Pressedienste der SPD schrieb. Daneben werden Briefe, handschriftliche Aufzeichnungen und Gesprächsnotizen Brandts in die Dokumentation aufgenommen, denn sie ergänzen die zeitgeschichtlichen Informationen um seine persönliche Sicht auf Personen und Ereignisse.

Die Berlin-Politik des Regierenden Bürgermeisters war immer auch Deutschland- und Ostpolitik, die mit der Bundesregierung und mit den westlichen Alliierten abgestimmt werden musste. In diesen Jahren führte Brandt viele Gespräche mit deutschen, amerikanischen, britischen und französischen, aber auch mit sowjetischen Politikern. Die teilweise nur handschriftlich vorliegenden Aufzeichnungen Brandts über diese Gespräche werden so weit wie möglich ungekürzt abgedruckt. Das betrifft vor allem Vermerke über Gespräche mit Bundeskanzler Adenauer, mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy, mit dem französischen Präsidenten de Gaulle und – teilweise erstmals veröffentlicht – die Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter Abrassimow im Jahre 1966. Ohne Kürzungen wird als programmatisches Dokument für die künftige Deutschlandpolitik die Rede Brandts in Tutzing im Jahre 1963 veröffentlicht.

Die Entwicklung der politischen Persönlichkeit Brandts in den Jahren bis 1966 wird besonders in seinen persönlichen Briefen deutlich. Sie werden deshalb mit in die Dokumentation aufgenommen, auch wenn sie – scheinbar – eher Privates zum Inhalt haben. Das betrifft auch die beiden Briefe Brandts an seine Frau aus den Jahren 1948 und 1949, die Rut Brandt dankenswerterweise aus ihrem Privatbesitz für diesen Band zur Verfügung stellte.

### *Danksagung*

Viele Personen und Institutionen haben zu der Fertigstellung dieses Bandes beigetragen.

Für Förderung und stete Begleitung der editorischen Arbeit an diesem Band danke ich dem Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, insbesondere seinem Vorsitzenden Dr. Gerhard Groß und den Professoren Dr. Dieter Dowe und Dr. Klaus Schönhoven, sowie den Herausgebern der Berliner Ausgabe, den Professoren Dr. Helga Grebing, Dr. Gregor Schöllgen und Dr. Heinrich August Winkler. Im Besonderen danke ich dem federführenden Betreuer dieses Bandes, Professor Dr. Heinrich August Winkler, für wohlwollenden Rat und Unterstützung und für die kritische Lektüre auch dieser einleitenden Seiten.

Dem Kreis der Bearbeiter der Berliner Ausgabe, besonders Dr. Daniela Münkler und Professor Dr. Einhart Lorenz, verdanke ich viele anregende Diskussionen, und den Mitarbeitern der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung danke ich sehr für die tätige Hilfe und für kritische Unterstützung, vor allem Sylvia Wilbrecht, Waltraut Dorlaß, Dr. Bernd Rother, Dr. Wolfgang Schmidt und Dr. Wolfram Hoppenstedt sowie Silke Kehl und Jost Wessels.

Für Übersetzungen der Dokumente aus dem Norwegischen bin ich Katharina Woellert und aus dem Englischen Dr. Wolfram Hoppenstedt zu Dank verpflichtet.

Das Willy-Brandt-Archiv, aber auch alle anderen Abteilungen des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn halfen stets mit Rat und Tat, allen voran Gertrud Lenz, Harry Scholz und Wolfgang Stärke.

Im Landesarchiv Berlin haben vor allem Dr. Jürgen Wetzell und Dr. Christiane Schuchard die Akten der Senatskanzlei und viele Nachlässe von Berliner Politikern erschlossen. Im Franz-Neumann-Archiv Berlin und im August-Bebel-Institut Berlin erhielt ich durch Frau Professor Dr. Sieglinde Heppener und durch Enrico Troebst kundige Hilfe. Dr. Hans Peter Mensing half mir, in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf für die Edition wichtige Dokumente zu finden.

Für Gespräche, Hinweise und auch für die Einsicht in wichtige private Unterlagen danke ich Prof. Egon Bahr, Prof. Dr. Peter Brandt, Klaus Harpprecht, Prof. Dr. Harold Hurwitz, Peter Merseburger, Dr. Manfred Rexin, Klaus Schütz, Winfried Staar (†) und Dr. Hans-Jochen Vogel. Für die kritische Durchsicht des Manuskripts bin ich Johannes Wendt sehr dankbar. Für die sorgfältige Lektorierung des Manuskripts danke ich Dr. Heiner Lindner.

Berlin, im April 2004

Siegfried Heimann

## Anmerkungen

### Einleitung

1 Vgl. *Brandt, Willy*: Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, bearb. von *Einhart Lorenz*, Bonn 2000 (Berliner Ausgabe, Bd. 2), Nr. 26.

2 *Brandt, Willy*: Mein Weg nach Berlin. Aufgezeichnet von *Leo Lania*, München 1960, S. 25.

3 Schreiben von *Annedore Leber* an *Brandt* vom 6. Dezember 1946, zit. nach *Brandt, Willy*: Draußen. Schriften während der Emigration. Hrsg. von *Günter Struve*, München 1966, S. 346.

4 *Brandt, Willy*: Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“, erw. Ausgabe, Berlin und Frankfurt/Main 1994, S. 149.

5 Nr. 1.

6 Vgl. *Andrzejewski, Marek/Rinklake, Hubert*: „Man muß doch informiert sein, um leben zu können“. *Erich Brost* – Danziger Redakteur, Mann des Widerstandes, Verleger und Chefredakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, Bonn 1997, S. 144.

7 Vgl. Nr. 1.

8 Nr. 3.

9 Das Protokoll der Sitzung des SPD-Parteivorstandes ist zitiert nach *Albrecht, Willy* (Hrsg.): Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd. 1: 1946 bis 1948, Bonn 1999, S. 298 f.

10 Nr. 1. Die Denunziationen gingen vor allem von *Kurt Heinig* in Stockholm aus, der schon seit längerem Stimmung gegen *Brandt* machte. Am 10. Juli 1946 hatte *Heinig* an *Fritz Heine* beim SPD-Parteivorstand in Hannover über *Brandt* geschrieben: „Nach meiner Auffassung gehört er zu je-

nen Typen, intelligent und gefühlsbetont, demagogisch und an gutem Leben interessiert, die man besser nicht in der deutschen Arbeiterbewegung hat. Seine Verbindungen sind außerdem zum Teil undurchsichtig.“ Siehe dazu *AdsD, SPD-PV, Bestand Schumacher*, 65. *Heinig* hat bis kurz vor seinem Tode versucht, *Brandt* vor allem in der Berliner SPD anzuschwärzen. Er lieferte dem damaligen Berliner Landesvorsitzenden *Franz Neumann* Material und warf diesem noch 1955 vor, nicht verhindert zu haben, dass ein „politischer Verbrecher“ Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses geworden sei. Siehe das Schreiben *Neumanns* an *Oschilewski* vom 1. Februar 1958, in: *FNA, NL Neumann, Ila1/5–2*.

11 *Brandt, Willy*: Auf dem Weg nach vorn. *Willy Brandt* und die SPD 1947–1972, bearb. von *Daniela Münkler*, Bonn 2000 (Berliner Ausgabe, Bd. 4), Nr. 2.

12 Siehe die Originale der mit der Überschrift „W.B. Bericht“ versehenen Berichte – nicht vollständig erhalten –, in: *AdsD, SPD-PV, Bestand Schumacher*, 166–169; für die Durchschriften, auch nicht ganz vollständig, siehe *AdsD, WBA, A 6, 55–58*.

13 Vgl. Nr. 3–6.

14 Der Alliierte Kontrollrat (AK) mit Sitz in Berlin war seit August 1945 das oberste Regierungs-, Kontroll-, Koordinations- und Verwaltungsorgan der vier Besatzungsmächte in Deutschland. Die Arbeit des AK als Vier-Mächte-Verwaltung endete am 20. März 1948, als der sowjetische Vertreter den Kontrollrat verließ, ohne einen neuen Sitzungstermin zu vereinbaren. Auf der Arbeitsebene war die Sowjetunion noch bis zum August 1948 im Kontrollrat präsent. Vgl. *Mai, Gunther*: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995. Die Alliierte Kommandantur, die die vier Stadtkomman-

danten der vier Berliner Sektoren bildeten, war das oberste Verwaltungs- und Kontrollorgan in Berlin. Auch nach dem Auszug des sowjetischen Vertreters im Juni 1948 hielten die drei westlichen Stadtkommandanten ihren formal-juristischen Anspruch auf die Mitsprache über ganz Berlin aufrecht, wengleich sie die oberste Gewalt nur noch in Westberlin ausübten. Es gab jedoch noch Reste einer Vier-Mächte-Verwaltung Berlins, so bei der gemeinsamen Verwaltung des Kriegsverbrecher-Gefängnisses in Berlin-Spandau und bei der gemeinsamen Arbeit in der Luftsicherheitszentrale. Vgl. *Jeschonnek, Friedrich/Riedel, Dieter/Durie, William* (Hrsg.): *Alliierte in Berlin 1945–1994. Ein Handbuch zur Geschichte der militärischen Präsenz der Westmächte*, Berlin 2002.

15 Vgl. Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946–1948, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin 1959, S. 512 – 528.

16 Zur Blockade allgemein vgl. *Tusa, Ann/Tusa, John*: *The Berlin Blockade*, London 1988.

17 Vgl. *Steege, Paul*: *Totale Blockade, totale Luftbrücke?*, in: *Ciesla, Burghard/Lemke, Michael/Lindenberger, Thomas* (Hrsg.): *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948:1958*, Berlin 2000, S.59–77.

18 Nr. 3.

19 Zum Wortlaut der Rede Reuters am 22. Juli 1948 während der Konferenz der elf Ministerpräsidenten siehe *Reuter, Ernst*: *Schriften– Reden*, hrsg. von *Hans E. Hirschfeld* und *Hans J. Reichhardt*, Bd. 3, Berlin 1974, S. 424–428. Vgl. auch *Barclay, David*: *Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter*, Berlin 2000, S. 249 f.

20 Vgl. Berlin 1946–1948, S. 626 f. und Berlin. Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948–1951, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin 1962, S. 44–93.

21 *Brandt, Willy*: *Chinesische Mauer durch Berlin*, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst*, Nr. 142 vom 22. November 1948. Vgl. auch weiter unten.

22 Vgl. *Brandt* 1960, S. 257.

23 Vgl. Nr. 5.

24 Edith Krappe, die langjährige politische Weggefährtin Franz Neumanns, schrieb im August 1949, dass Brandt vor dem Landesausschuss über die Wahlen zum Bundestag berichtet habe: „Er gab einen ausgezeichneten Überblick über die Einzelheiten der Länder West-Deutschlands, es schloß sich daran dann auch eine ausgiebige und gute Diskussion [an].“ Siehe das Schreiben Krappe an Neumann vom 22. August 1949, in: FNA, NL Neumann, IXa/14.

25 Vgl. Nr. 7.

26 Vgl. Nr. 4.

27 Zur Schilderung dieser Reise vgl. *Brandt, Willy*: *Links und frei. Mein Weg 1930–1950*, Hamburg 1982, S.427. Vgl. auch Nr.2, Anm. 5.

28 Nr. 2.

29 Vgl. „Ein Debüt aus Hannover“, in: *Der Kurier* vom 13. März 1948.

30 Für eine ausführliche Beschreibung dieses ersten Auftretens und die andere Bewertung dieser Rede vgl. *Merseburger, Peter*: *Willy Brandt 1913 –1992. Visionär und Realist*, Stuttgart und München 2002, S. 282 f.

31 Vgl. das Schreiben Brandts an Walcher vom 10. Juni 1946, in: *Berliner Ausgabe*, Bd. 2, Nr. 22.

32 Vgl. *Grebing, Helga* (Hrsg.): *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945 – 1949*, Stuttgart 1983, S. 40.

33 Vgl. *Heimann, Siegfried*: *Politische Remigranten in Berlin*, in: *Krohn, Claus-Dieter/von zur Mühlen, Patrick* (Hrsg.): *Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands*, Marburg 1997, S. 189 – 210.

- 34 Vgl. *Schlegelmilch, Arthur*: Hauptstadt im Zonendeutschland. Die Entstehung der Berliner Nachkriegsdemokratie 1945 – 1949, Berlin 1993, S. 355 ff.
- 35 Vgl. Nr. 9.
- 36 Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 4, Nr. 6.
- 37 Schreiben Brandts an Gayk vom 5. Juli 1949, in: AdsD, WBA, A 6, 5.
- 38 Siehe das Schreiben Brandts an Schumacher vom 5. Juli 1949, in: AdsD, SPD-PV, Bestand Schumacher, 169.
- 39 Siehe die Berichte Brandts vom 30. September, 14. und 20. November 1948, in: AdsD, SPD-PV, Bestand Schumacher, 169.
- 40 Vgl. Nr. 6.
- 41 Vgl. Dokumente zur Berlin-Frage 1944 – 1966. Hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 4. Auflage (unveränderter Nachdruck der dritten durchgesehenen und erweiterten Auflage), München 1987, S. 123 ff.
- 42 Vgl. Nr. 8.
- 43 Nr. 10. Vgl. auch *Heimann, Siegfried*: Im Osten schikaniert, im Westen vergessen? Ostberliner Sozialdemokraten in den frühen fünfziger Jahren, in: *Ciesla/Lemke/Lindenberger* 2000, S. 153 – 168.
- 44 Vgl. *Barclay* 2000, S. 211 ff.
- 45 Siehe Brandts Beschreibung seines Verhältnisses zu Reuter in einem Vermerk für den Journalisten Charles Thayer im Jahre 1958, in: AdsD, WBA, A 6, 27; vgl. Nr. 27.
- 46 Für die Zeit 1945/46 vgl. *Hurwitz, Harold*: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, 4 Bde., Köln 1983 – 1990.
- 47 *Brandt* 1982, S. 432.
- 48 Siehe unten und vgl. Nr. 12–13.
- 49 Vgl. *Brandt* 1994, S. 25.
- 50 Diese Berichte setzte Brandt unter dem Titel „Brief aus Bonn“ auch später in der *Berliner Stimme* fort.
- 51 Zur Diskussion auf dem Berliner SPD-Landesparteitag am 9. Juni 1951, in der Brandt „selbstkritische“ Worte über seine Tätigkeit als Chefredakteur fand, siehe das Protokoll, in: FNA, NL Neumann, IIb2/12.
- 52 Vgl. Nr. 14.
- 53 Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 4, Nr. 10.
- 54 Vgl. ebd., Nr. 8.
- 55 Ebd., Nr. 10.
- 56 Vgl. Nr. 11.
- 57 Siehe das Protokoll einer Besprechung Schumachers mit Berliner Sozialdemokraten am 14. Oktober 1951 in Bonn, in: AdsD, WBA, A 6, 61.
- 58 Nr. 18.
- 59 Schreiben Brandts an Schumacher vom 23. Mai 1952, in: AdsD, WBA, A 6, 168.
- 60 Vgl. Nr. 19.
- 61 Vgl. ebd.
- 62 Vgl. Nr. 22.
- 63 Schreiben von Heinrich Albertz an Tage Hind vom 4. Oktober 1955, in: AdsD, NL Albertz, 166.
- 64 Nr. 25.
- 65 Brandt gewann gegen Kressmann mit 36 zu 25 Stimmen. Siehe das Protokoll der Fraktionssitzung vom 4. Januar 1955, in: AdsD, SPD-Fraktion Abgeordnetenhaus Berlin, 544.
- 66 Nr. 23.
- 67 *Der Tagesspiegel* vom 10. November 1956.
- 68 Vgl. Nr. 27.
- 69 Vgl. ebd., Anm. 1.
- 70 Vgl. Nr. 28 – 29.
- 71 Vgl. Nr. 31 – 32. Zum Versuch Neumanns, die Kandidatur Brandts zu verhindern vgl. *Gosewinkel, Dieter*: Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945 – 1961), Bonn 1991, S. 433 f.

72 Zu Brandts Entscheidung, auch als Landesvorsitzender zu kandidieren, vgl. Nr. 33. Siehe das Schreiben von Klaus Schütz an Brandt vom 30. Oktober 1957 in Auszügen ebd., Anm. 3.

73 Nr. 37.

74 Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 4, Einleitung, S. 33.

75 Vgl. Nr. 32.

76 Vgl. Nr. 40.

77 Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 1: 10. November 1958 bis 9. Mai 1959, bearb. von *Ernst Deuerlein* und *Hannelore Nathan*, Frankfurt/Main und Berlin 1971, S. 157 – 191.

78 Nr. 42.

79 Zum Wahlausgang und zur Einschätzung Brandts vgl. Nr. 43.

80 Die Stationen seiner Weltreise ließ er in einer Dokumentation zusammenstellen. Sie war ihm in kommenden Wahlkämpfen sehr nützlich. Vgl. Willy Brandt ruft die Welt. Ein dokumentarischer Bericht von *Rudolf Kettlein*, Berlin 1959.

81 Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 4, Einleitung und Nr. 26.

82 Vgl. weiter unten und Anm. 204.

83 Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 4, Nr. 31 und 31 A.

84 Vgl. Nr. 44.

85 Schreiben von Albertz an Brandt vom 28. Januar 1959, in: AdsD, WBA, A 6, 171.

86 Siehe dazu die Berichte, in: *Der Tagespiegel* vom 28. Januar 1959 und *Stuttgarter Zeitung* vom 30. Januar 1959.

87 Vgl. *Brandt* 1960, S. 322, und siehe die von Manfred Uhlitz verfasste ms. Ausarbeitung „Die Verleumdungskampagne gegen den Regierenden Bürgermeister und Kanzlerkandidaten Willy Brandt“ (1965), in: AdsD, WBA, B 25, 159.

88 Nr. 35 und zur Gratulation Adenauers ebd., Anm. 3. Die diffamierenden Bemerkungen des Kanzlers über Brandt im CDU-Parteivorstand Mitte 1960 blieben Brandt unbekannt. Vgl. weiter unten und Anm. 204. Zum Verhältnis Adenauer-Brandt auch für die späteren Jahre vgl. *Küsters, Hanns Jürgen*: Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958 – 1963, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 40 (1992), 4, S. 483 – 542.

89 Vgl. Nr. 34. Damit war vor allem Franz Neumann gemeint. Dessen Unschuldsbetuerungen waren damals schon für Brandt wenig überzeugend. Im Rückblick erweist sich die Skepsis als berechtigt. Neumann hatte seit 1948 in einem Dossier Material gegen Brandt gesammelt. Siehe FNA, NL Neumann, X 12,1.

90 Siehe das Schreiben Kreiskys an Paul Hertz vom 8. September 1959 einschließlich einer Kopie des Pamphlets, in: LAB, NL Hirschfeld, E Rep 200 – 18/27 – 2.

91 Siehe das Schreiben Herbert Warnkes an das Zentralsekretariat der SED vom 27. September 1948 und die darauf eingegangenen Berichte, u. a. von Karl Mewis vom Januar 1949, in: SAPMO-BArch, DY 90/IV2/11. Vgl. auch *Mewis, Karl*: Im Auftrag der Partei. Erinnerungen, Berlin 1971, S. 300 ff. Von einem Mitarbeiter gefertigte Exzerpte aus dem Buch kommentierte Brandt mit der Randbemerkung „Quatsch“. Siehe AdsD, WBA, B 25, 164.

92 Vgl. „Ein gewisser Herr Brandt“, in: *Neues Deutschland* vom 5. Februar 1950.

93 Siehe u. a. ein Exemplar des Pamphlets, in: AdsD, SPD-LV Berlin, 25. Zu der Veröffentlichung in der SDA-Zeitung vgl. die Materialsammlung in: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/11/251. Vgl. auch *Freie Presse* (Ostberlin) vom 22. November 1958. Zur SDA vgl. *Heimann, Siegfried*: Die Sozialdemokratische Aktion (SDA) in Ostberlin,

in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, hrsg. von *Gerd-Rüdiger Stephan, Andreas Herbst, Christine Krauss, Daniel Küchenmeister und Deleif Nakath*, Berlin 2002 [a], S. 426 – 447.

94 Vgl. *Nationalzeitung* (Ostberlin) vom 13. Februar 1959.

95 Gemeint sind die Mitteilungen von Susanne Sievers, einer Mitarbeiterin des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, über ihre Beziehungen zu Brandt. Siehe das „Ermittlungsverfahren über Susanne Sievers“ vom 8. Oktober 1952, in: BStU, Zentralarchiv, 310/52. Vgl. auch *Merseburger* 2002, S. 334 ff. und S. 418 ff.

96 Siehe „Betr.: Bericht Willy Brandt über seine Reise nach den USA und dem fernen Osten“, vom 10. März 1959, in: BStU, Zentralarchiv, HVA 181, Bd. 1. Der Klarname des Informanten „Claus“ ist bislang nicht bekannt.

97 Vgl. *Rexin, Manfred*: Wer war Freddy? Bericht über einen Spionagefall in der Berliner Sozialdemokratie der Jahre 1947 bis 1966, mit einem Anhang: *Heimann, Siegfried*: Braun ein Doppelagent? Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers.

98 Nr. 36.

99 So fand kurz vor dem Landesparteitag im Januar 1958 eine Zusammenkunft von SPD- und SED-Mitgliedern statt. Thema der Diskussion war, wie die Übernahme des Landesvorsitzes durch Brandt verhindert werden könne. Siehe den „Spitzelbericht“ über dieses Treffen, in: SAPMO-Barch, DY 30/IV/2/1002/170.

100 Vgl. Nr. 24.

101 Siehe das Schreiben Brandts an Joachim G. Leithäuser vom 23. Februar 1961, in: AdsD, WBA, A 6, 37. Vgl. auch Nr. 65.

102 Vgl. *Günther, Klaus*: Sozialdemokratie und Demokratie 1946 – 1966. Die SPD und das Problem der Verschränkung innerparteilicher und bundesrepublikanischer De-

mokratie, Bonn 1979, S. 100 ff., und *Heimann, Siegfried*: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: *Stöss, Richard* (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980, Bd. 2: FDP bis WAV, Opladen 1984, S. 2139 f.

103 *Soell, Hartmut*: Fritz Eler – Eine politische Biographie, Bd. 2, Berlin/Bonn 1976, S. 910.

104 Zur Sicht Brandts auf den „Fall Kressmann“ im Jahre 1962 vgl. Nr. 77. Zur Sicht Kressmanns siehe die Zusammenstellung von Materialien, in: LAB, NL Kressmann, E Rep 200 – 88, 58.

105 Vgl. auch *Heß, Hans-Jürgen*: Innerparteiliche Gruppenbildung. Macht- und Demokratieverlust einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren von 1963 bis 1981, Bonn 1984, S. 29 ff., und *Ristock, Harry*: Neben dem roten Teppich. Begegnungen, Erfahrungen und Visionen eines Politikers, Berlin 1991, S. 79 ff.

106 Zu den Auseinandersetzungen zwischen Brandt und Günter Klein vgl. Nr. 57 und 74. In einem Schreiben hatte sich Brandt im Frühjahr 1960 sehr verstimmt zu einigen Vorschlägen Kleins geäußert: „Die Vorstellung, daß der Senat – von einer Ausnahme abgesehen – nur aus politischen Idioten besteht, ist nicht haltbar.“ Schreiben Brandts an Klein vom 11. April 1960, in: AdsD, WBA, A 6, 164.

107 Heinrich Albertz übernahm 1959 von Hans Hirschfeld den Posten des Chefs der Senatskanzlei. 1960 wurde Hirschfeld auch als Chef des Presse- und Informationsamtes durch Egon Bahr abgelöst. Klaus Schütz wurde im Dezember 1961 Nachfolger des Senators für Bundesangelegenheiten Günter Klein. Mitarbeiter Brandts und Freund der Familie war Harold Hurwitz.

108 Für den ganzen Zeitraum der fünfziger Jahre vgl. *Schmidt, Wolfgang*: Kalter Krieg,

Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948 – 1963, Wiesbaden 2001, S. 168 ff.

109 Vgl. *Winkler, Heinrich August*: Der lange Weg nach Westen. Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 181. Die Bundesrepublik brach am 19. Oktober 1957 die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien und am 14. Januar 1963 zu Kuba ab.

110 Vgl. *Brandt* 1994, S. 54.

111 Vgl. Nr. 25. Im Jahre 1961 gebrauchte Brandt eine sehr ähnliche Formulierung zum Zusammenhang von Wiedervereinigung und Grenzfrage. Vgl. Nr. 60.

112 Siehe das Schreiben Brandts an Olav Larssen vom 28. Dezember 1951, in: AdsD, WBA, A 6, 11.

113 Während die Verhandlungen über die Aufhebung des Besatzungsstatuts und über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), zu der auch ein westdeutscher Verteidigungsbeitrag gehören sollte, in ihre Endphase traten, bot die Sowjetunion in einer Note im März 1952 den Westmächten die Wiedervereinigung Deutschlands und ein nationales Truppenkontingent unter der Bedingung der deutschen Neutralität an. Vgl. *Zarusky, Jürgen* (Hrsg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002.

114 Vgl. *Brandt, Willy*: Schmalspur-Politik gefährdet Wiedervereinigung, in: *Neuer Vorwärts* vom 17. April 1953.

115 Vgl. *Brandt, Willy*: Brief aus Bonn, in: *Berliner Stimme* vom 26. April 1952.

116 Mit seiner Rede begründete er den Antrag der SPD-Fraktion, den 17. Juni zum Nationalfeiertag zu erklären. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 278. Sitzung vom 1. Juli 1953, S. 13883ff. Die

Rede löste „Tumulte“ aus, die den Eindruck Brandts bestätigten, der Aufstand solle „ausgeschlachtet“ werden. Vgl. „Brandt löst Tumulte aus“, in: *Die Welt* vom 2. Juli 1953, 117 Nr. 21.

118 Vgl. Nr. 20 – 21.

119 Vgl. Berliner Ausgabe, Bd. 4, Nr. 12.

120 Siehe das Schreiben Brandts an Ollenhauer vom 28. Dezember 1952, in: AdsD, SPD-PV, Bestand Ollenhauer, 191.

121 Vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 fand in Berlin die Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion statt. Sie beschloss lediglich, eine weitere Konferenz zu Indochina und Korea durchzuführen. Vgl. *Katzer, Nikolaus*: „Eine Übung im kalten Krieg“. Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, Köln 1994.

122 Vgl. Nr. 22.

123 Siehe die hs. Notizen Brandts vom 18. April 1954, in denen die hier zitierten Sätze unter der Überschrift „Nach der Berliner Konferenz“ notiert sind, in: AdsD, WBA, A 3, 68. In der Notiz heißt es weiter, es gelte Mut zu haben, den „Tatsachen ins Auge zu schauen“, aber auch den Mut zu haben, „aus den Erkenntnissen Konsequenzen zu ziehen“.

124 Das Gipfeltreffen, an dem auch die Außenminister teilnahmen, fand vom 18. bis 23. Juli 1955 statt. Die Außenministerkonferenz tagte vom 27. Oktober bis 16. November 1955. Die beiden deutschen Staaten durften jeweils nur Beobachterdelegationen entsenden. Vgl. DzD, III. Reihe, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bd. 1: 5. Mai bis 31. Dezember 1955, bearb. von *Ernst Deuerlein* unter Mitwirkung von *Hansjürgen Schierbaum*, Frankfurt/Main 1961, S. 148–219 und S. 483 – 721.

125 Nr. 25.